

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfanter u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Zatoßstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegbogen) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Bei Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.80 M. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 M. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 M. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf., — Subskriptionsgebühren: die sechsseitige Beilage 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Belegteil Seite 80 Pf., Post-Zeitungsliste Seite 90

Nr. 254.

Magdeburg, Mittwoch den 31. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Aus der Geschichte des Liberalismus.

I.

Wenn man die Verhandlungen des kürzlich stattgehabten nationalliberalen Parteitags zu Goslar liest, so ist es — um mit Goethe zu reden — ein groß Ergötzen, sich in den Geist der Zeiten zu versetzen, zu schauen, wie vor uns die weisen liberalen Männer gedacht und wie es der Liberalismus dann zuletzt „so herrlich weit gebracht“. Was dem nationalliberalen Parteitag diesmal das Gepräge gab, war, wie unsre Leser wissen, die Opposition der sogenannten „Jungen“ — von 45 Jahren aufwärts — die von der Partei mehr „entschiedenem Liberalismus“ verlangten, dafür gehörig auf die Nase geklopft bekamen und geknickt, aber schließlich doch zufrieden nach Hause schlichen. Es ist nun interessant festzustellen, daß dieser Vorgang durchaus nicht etwa neu ist in der Geschichte der liberalen Parteien Deutschlands. Vielmehr hat von Anfang an sich mit erstaunlicher Regelmäßigkeit das Schauspiel wiederholt, daß der Liberalismus in der Hoffnung, dadurch einen Anteil an der Staatsmacht zu gewinnen, den Regierenden zuliebe seine Prinzipien in den Glasjoch anstellte, daß dann nach einiger Zeit eine Opposition der „Jungen“ sich regte, die „entschiedenem Liberalismus“ verlangte, daß aber dem Wunsch der Jungen nicht stattgegeben wurde, worauf diese zum Teil sich löblich unterwarfen, zum Teil aber austraten und eine neue Partei gründeten, die jedoch, sobald die Zeit erfüllt war, genau demselben Schicksal verfiel wie die alte. Es scheint fast eine Art Naturgesetz zu sein, daß sich der Lebenslauf einer jeden liberalen Partei in dem Kreise bewegt: kräftiges Maulheldentum, Opportunismus, Opposition im Innern der Partei, Spaltung, um nun angefangen vom Maulheldentum den Kreislauf aufs neue zu beginnen. Es ist gut, bei Gelegenheiten einmal einen Blick in die Vergangenheit der „staatsbehaltenden“ Parteien zu tun, weil diese es — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — lieben, ihre Geschichte schamhaft zu verhüllen. Sie wissen freilich auch, warum.

Der deutsche Liberalismus stammt, wie man weiß, aus der bürgerlichen Revolution von 1848. Was er damals an — Kraftphrasen leistete, ist so bekannt, daß wir es übergehen können. Wer sich genauer unterrichten will, wieso aus all dem Reichtum an heldenhaften Worten keine Tat entstand, wieso trotz der Kampfbereitschaft des Volkes die Revolution so kläglich zugrunde ging, der lese Lassalles lehrreiche Schrift „Ueber Verfassungswesen“. Einer der entschiedensten Liberalen von 1848, ein wahrhaft aufrechter Mann, dem niemand die Hochachtung versagt, weil er furchtlos seine Worte auch dort sprach, wo sie keine Person in Gefahr brachten, war unstrittig Johann Jacoby.

Nun beachte man wohl, daß 1848 alle Liberalen auch Republikaner waren. Und 1848 nahmen es die Liberalen-Demokraten mit ihren Prinzipien noch ernst.

Die Revolution wurde niedergeschlagen, es kamen neun Jahre der finsternen Reaktion über Preußen. Johann Jacoby zog sich vom öffentlichen Leben zurück.

Da wurde am 23. Oktober 1857 der „Kartätschenprinz“ zur Vertretung des Königs berufen, und überall erwachte liberales Sehnen und Goffen. Nicht mehr aus eigener Kraft, wie 1848, erwarteten die Liberalen die Erringung der Freiheit, sondern sie dachten, der Regent werde sie aus Gnade gewähren. Wenig verschlug ihnen, daß er sie ein volles Jahr warten ließ. Sie waren geduldig. Und als er im November 1858 wirklich ein neues Ministerium berief, da schlugen sie vor Freuden Purzelbäume, obgleich sie selbst die neuen Minister nur als „halbliberal“ zu bezeichnen wagten. In Wahrheit waren diese — ein Flottwell, ein Muerkwald, ein Müller, ein Bethmann-Hollweg! — genau so konjunktiv wie die alten.

Jetzt trat auch Johann Jacoby wieder an die Öffentlichkeit. Aber da man jetzt die Freiheit als Geschenk der Krone erwartete, so durfte man der Krone nicht mehr auf die Fühneraugen treten. Und so sprach Johann Jacoby zu Königreich am 10. November 1858 die Worte:

„Ich leugne nicht, daß es im Jahre 1848 unter unsrer Partei einzelne (!) gab, die damals für Preußen eine andere als die monarchische Regierungsform für möglich hielten. Sie waren im Irrtum und haben ihren Irrtum bitter gebüßt. Die Zeit liegt hinter uns, da man die Demokratie als Popanz benutzte, um anglichs Gemütern damit Furcht einzujagen. Jetzt — ich spreche dies als meine volle innige Ueberzeugung aus — jetzt gibt es in unserm Lande in der ganzen demokratischen Partei nicht einen einzigen, der für Preußen, wie es ist, eine andere als die monarchische Staatsform zu wollen geschweige zu erstreben sich nur im Traume einfallen läßt!“

Was, so fragen wir, ist dies anders als Mantelträgererei aus Opportunismus? Man opferte das wichtige republikanische Prinzip, um die Krone nicht böse zu machen. Ist es nicht im Grunde dasselbe, was heute die Führer der Nationalliberalen tun? Können sich diese nicht mit Recht auf den allseitig als aufrichten Demokraten anerkannten Johann Jacoby berufen?

Noch toller freilich trieb es Schulze-Delitzsch, der auch zu den „Stürmern“ von 1848 gehörte. Er schrieb an die Berliner Wahlmänner einen Brief, worin er, zugleich für noch zwei solcher Gelden (von Unruh und Kobbertus) für diesmal auf jede Wahl verzichtete, weil „durch das Erscheinen von Männern ihrer Vergangenheit im Abgeordnetenhaus“ den liberalen Ministern gegenüber der Rücksichtspartei „manche Schwierigkeit bereitet werden möchte!“ Er lud also die angeblich „liberalen“ Minister ein, nur ja nicht etwa sich liberal zu benehmen, damit die Konservativen nicht böse würden. Und um den Ministern das zu erleichtern, vollzog er an sich selbst das politische Sakrileg!

Man sieht, wie sehr wir im Irrtum sind, wenn wir die heutigen Liberalen durch das Andenken ihrer Vorgänger zur Scham austrufen wollen. Die heutigen Epigonen handeln durchaus nach den Traditionen des Liberalismus, wenn sie im vollendeten Wahlschlappentum aufgehen.

Dem entsprach denn auch die Haltung der Liberalen in dem alsdann gewählten Abgeordnetenhaus. Ludolf Parisius, selbst ein waschechter Liberaler und Busenfreund Eugen Richters, schreibt darüber in seinem Buche über „Deutschlands politische Parteien“ (S. 31):

Die liberale Mehrheit unter des Freiherrn v. Binde Führung war jederzeit bereit ihre ohnehin gemäßigten Forderungen noch weit mehr zu ermäßigen — nur um das halbliberale Ministerium nicht zu gefährden. Das Gerücht, wenn das Abgeordnetenhaus in der gerathe vorliegenden Frage nicht nachgäbe, würde das Ministerium den Wählereien der reaktionären Popartei zum Opfer fallen und das Mantelträgerische Regiment zurückkehren, war allezeit stark genug, die Widerstandsfähigkeit der Mehrheit auf ein Minimum herabzubringen.

So ließen sich diese liberalen Gelden durch ein bloßes Phantom, ein bloßes Gerücht in die Pflanze hauen, obgleich sie 210 Mann stark waren gegen nur 59 Konjunktive! In sämtlichen nicht-liberalen Parteien zusammen zählten nur 142 Abgeordnete, worunter jedoch 58 katholische (die Vorgänger des heutigen Zentrums), die damals noch weit eher zur Demokratie als zum Konservatismus hielten.

Die Folge dieser Zümmlichkeit war, daß die Konservativen, trotz ihrer schier lächerlichen Minorität im Abgeordnetenhaus, nach wie vor in Preußen regierten. Und da regte sich nun zum erstenmal innerhalb der liberalen Parteien die Opposition der „Jungen“. Wie ein Märchen aus alten Zeiten klingt es, wenn man vernimmt, daß einer der ärmlichsten Dränger jener Tage der — Herr v. Forckenbeck war, der später unter den nationalliberalen Parteitretern einer der leisesten wurde und es bis zum Oberbürgermeister von Breslau und Berlin und bis zum Reichstagspräsidenten brachte. Die heutigen „Jungen“ mögen sich also trösten. Forckenbecks Beispiel zeigt ihnen, was aus so einem „Jungen“ noch alles werden kann.

Er gehörte mit Gerverbeck zu dem engen, aus nur vier Personen bestehenden Komitee, das im Januar 1861 im Auftrag der damaligen Jungen — der Führer der Alten, Herr v. Binde, legte ihnen den Spottnamen „Jung-Itanen“ bei — das Programm ausarbeitete, das sie der Partei aufzwingen wollten. Die Fraktion aber lehnte es ab. Infolgedessen kam es ein halbes Jahr später zum offenen Bruch, und die Ausgetretenen gründeten die „Deutsche Fortschrittspartei“

Auf diese Vorgänge reagierte der Freiherr v. Binde mit genau denselben Phrasen, die auch heute noch gegenüber der Forderung nach „entschiedenem Liberalismus“ herhalten müssen. Das Ziel, nach welchem die Jungen strebten, sei ja ganz dasselbe wie das der Alten, aber sie hätten sich in den Mitteln vergriffen:

„Eine allzu sanguinische Auffassung der Sachlage, die das Gewicht der Gegengewichte unterschätzt, fühlt sich durch Müdigkeit beengt, die sie für unerschöpflich hält, und will, ohne jemals zu puffieren, unbekümmert um den nächsten Erfolg, ihre politischen Ueberzeugungen zur Geltung bringen.“

Es folgt dann die Mahnung zur Verständigung und schließlich die Aufforderung, eines sorgfältig fern zu halten,

„die Ansicht nämlich, daß man . . . Entschiedenheit und Willenskraft nur in der rückwärtslosen Verwirklichung politischer Grundzüge zu finden glaubt, während diese Wahrzeichen des Charakters mindestens in demselben Maße in der Selbstbeleugnung zur Erscheinung kommen, die der augenblicklichen Strömung der öffentlichen Meinung widerstreben zu müssen glaubt.“

Die heutigen „unentwegten“ Liberalen machen sich nicht wenig lustig über diese kläglichen Ausreden, wenn heute ein-

mal die Rede auf die Geschichte jener Tage kommt. Aber sind es nicht dieselben Argumente, die sie selbst heute ihrem Nachwuchs vorhalten, wenn ihn nach „entschiedenem Liberalismus“ dürft?

Mit der Gründung der Fortschrittspartei war zum erstenmal der Kreislauf vollendet. Die Allliberalen verschwand ziemlich schnell von der Bildfläche, Binde selbst nahm kein Mandat mehr an, und für den Liberalismus begann die „neue Ära“ der kräftigen Worte.

Doch sonderbar. Obgleich die Fortschrittspartei somit eigens zu dem Zweck gegründet war, um den verpöhlenden Opportunismus der Alten zu beseitigen, begannen sie selbst ihren Lebenslauf mit einem recht artigen Stück Opportunismus. In dem Programm nämlich, das sie sich im Juni 1861 gab und das neben Forckenbeck und Gerverbeck die Unterschriften trägt von Weydemann, Schulze-Delitzsch, Franz Dunder, Delbrück, Dr. Vangerhans, Professor Rommgen usw. usw., fehlt völlig jede Erwähnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts! Die Partei erklärte vielmehr ausdrücklich, daß sie „manche an sich höchwichtige Frage, über welche innerhalb einer solchen Partei noch Meinungsverschiedenheiten bestehen könnten, z. B. die Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, als offene betrachte“.

Ein vielversprechender Anfang! Uebrigens hat sich selbst Johann Jacoby dadurch vom Beitritt nicht zurückreden lassen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 30. Oktober 1906.

Der bestätigte Sozialdemokrat.

Im Hesse lande fochten einige konuzerzentrierte und professorale „Volksgeelen“ über die schreckliche Tat des Großherzogs, der, wie unsre Leser wissen, einen Sozialdemokraten, den Genossen Eignert, in Offenbach als Weigeordneten, das heißt als zweiten, ehrenamtlichen Bürgermeister bestätigt hat. Es hat allerdings einige Tage gedauert, bis sie ob der Tat die richtigen Worte fanden. Die Scharfmacher an der Spree und Elbe mußten erst den Ton angeben, damit ihre kleinen und kleinsten Trabanten im Hesse lande die Melodie für ihren Entrüstungsturm fanden. Aber dann, als sie die Walze drehen konnten, ging's los haste nicht gesehen.

Im Reiche Seyls kann eine Regierung, die heil bleiben will, nicht lange das Ziel der Lederbälle bleiben. Sie muß sich bald nach Deckung umschauen. Sie veröffentlicht daher die folgende offizielle Erklärung:

In den Preßerörterungen, die sich mit der Bestätigung der Wahl des Stadtverordneten Eignert zu Offenbach zum unbesoldeten Weigeordneten dieser Stadt bestritten, sind mehrfach unrichtige Behauptungen aufgestellt worden. Unrichtig ist zunächst die Angabe, daß das Ministerium die Bestätigung der zu Weigeordneten der Gemeinden Mühlheim und Rastebach gewählten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, Zahn und Silber, verweigert habe: keine dieser beiden Angelegenheiten ist bis jetzt beim Ministerium anhängig geworden. Es ist ferner unrichtig, daß die Bestätigung des Weigeordneten Eignert mit der Frage der Wiederwahl des Oberbürgermeisters Brink in irgendwelchem Zusammenhang steht. Endlich ist es unrichtig, daß die Bestätigung mit einem Projekte der Schaffung einer Kunstakademie etwas zu tun habe, für das die Regierung eine Mehrheit im Landtage zu gewinnen strebe. Ueber die Gründe, die bei der Bestätigung für die übereinstimmende Stellungnahme des Landesherren ausschlaggebend waren, sich eingehend zu äußern, glaubt diese einer etwaigen Erörterung im Landtage vorbehalten zu sollen.

Der letzte Satz ist holperig-holperig. Entweder liegt ein Telegrammfehler oder eine bureaukratische Stilblüte vor. Der Satz soll zweifellos besagen, daß die Regierung mit der Stellungnahme des Großherzogs übereinstimmt und daß sie die Gründe für diese Selbstverständlichkeit erst dem Landtag offenbaren will.

Für das Schweigen des Ministeriums in einer Angelegenheit, in der das Reden nach den Richtlinien der Vernunft und Gerechtigkeit nicht die geringste Mühe macht, gibt es nur eine Erklärung: die Angst. Die Heiligen Vertreter des Scharfmachertums sind im ganzen Lande betriebsam an der Arbeit, um in die Reihen der Nationalliberalen und Zentriemler ob der schrecklichen Tat des Großherzogs Angst und Entsetzen zu tragen. Wenn man im Lande der vollendeten Rechtsgarantien den Sozialdemokraten gar noch Rechtsgleichheit gewähren sollte, wohin sollte die Entwicklung, die damit anhebt, dann noch führen!

Das Ministerium will mit dem Hinweis auf den Landtag daher das Billigste gewinnen, was für sie das Teuerste ist: Zeit! Der Landtag tritt erst im nächsten Jahre zusammen. Bis dahin mag sich der Sturm ja etwas gelegt haben, mögen die Protestreden, die auf dem bevorstehenden

nationalliberalen Bundesvertretertag gehalten werden, ja halb und halb vergessen sein. Wenn das aber nicht geschieht, nun dann wird das Ministerium Braun vielleicht gestürzt werden von denselben Nationalliberalen, die denselben Braun schon als ihren Reichstagskandidaten präsentiert haben.

Die heftigste Sozialdemokratie wird so oder so treffliche Früchte von der nationalliberalen Saat ernten.

Pods Ende.

Herr v. Schorlemer-Lieser, der Oberpräsident der Rheinprovinz, ist in Berlin eingetroffen. Herr v. Podbielski soll „fränkischer“ geworden sein.

So meldet epigrammatisch eine uns vorliegende Meldung. Es scheint wirklich etwas in der Schwelbe zu sein. Aus Berlin wird der „Braunschw. Landesztg.“ geschrieben:

Als Herr v. Podbielski von Rominten glückselig nach Dallmin zurückkehrte und seine Besatzungsstelle am nächsten Tage verließ, daß er seine jegensreiche Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufnehmen werde, hatten wir in der Tat eine Kanxlerkrisis. Denn es wäre unmöglich gewesen, daß Fürst Bülow und Herr v. Podbielski gleichzeitig vor dem Reichstag erschienen wären. Jetzt erst hat Fürst Bülow über Herrn v. Podbielski gesiegt. Podbielski wird in wenigen Tagen Gelegenheit haben, auf seinem schönen Landgut Dallmin sich von seinem Rheuma gründlich auszuhellen. Nachfolger des fröhlichen Onkel Pod wird der Oberpräsident Herr v. Schorlemer-Lieser. Das war schon beschlossene Sache, als der Kaiser vor 10 Tagen im Auto nach dem romantisch gelegenen Lieser gekommen war. Podbielski wird, nachdem der Fall Fischer so glimpflich verlaufen ist, sich zum Abschied noch mit dem orangefarbenen Bande des Schwarzen Adlers schmücken können, aber Minister ist er gewesen.

Das mag schon sein. Pod wird gegangen werden, aber die Poderei wird bleiben.

Um die je zu brechen, muß erst das deutsche arbeitende Volk voll erwachen.

Der heilige Paasche.

Der Sohn Burgs und Vizepräsident des Reichstags wurde vor 25 Jahren zum erstenmal in die deutsche Volksvertretung gewählt. Am 29. Oktober 1881 erkor ihn die Mehrheit im Wahlkreis Rostock zu seinem Vertreter. Damals rechnete sich Paasche zur Liberalen Vereinigung, d. h. zu jener humpelnden Gruppe des humpelnden Liberalismus, die sich ob der schutzöllnerischen Schwankung der Nationalliberalen von ihnen getrennt hatte. Voll Begeisterung für diese Richtung zog der junge Professor in den Wahlkampf. Seine Front war ausschließlich gegen rechts gerichtet. Dem mecklenburgischen Junterregiment galt sein Kampf. Und er siegte im Kampf.

Die Zeiten ändern sich, und die Liberalen mit ihnen. Das Schicksal fügte es, daß Paasche noch einmal in Rostock eine Kandidatur angeboten wurde. Im Jahre 1898 war es. Diesmal hoben ihn nicht die Liberalen auf den Schild, sondern die verfassungseindlichen Ritter. Er sah keinen Feind zu seiner Rechten mehr. Nur nach der Linken hin brauchte er seine Pfeile zu versenden. Und er tat es mit alter Jungengelaugtheit. Der Sicherheit halber kandidierte er noch in einem zweiten Wahlkreis, in Ehringen. Und zwar mußte er sich dort gegen denselben Hund der Landwirte wehren, als dessen Kandidat er in Mecklenburg auftrat. Paasche machte diese Doppelrolle weniger besäuber als seinen Wählern. Sie stehen ihn auf der Straße, hüben wie drüben.

Manchmal ist eben jemand zu schlau, um klug zu sein. Aber Glück muß der Mensch haben! Kaum war er in zwei schwierigen Wahlkreisen durchgefallen, da wurde einer der wenigen, seiner Partei festeren Wahlkreise, Kreuznach-Stammern, frei. Rasch entschlossen nahm Paasche die Last der neuen Kandidatur auf sich. Seitdem sitzt er, erst im Sattel. Seitdem braucht ihm um sein Reichstagsmandat nicht bange zu sein. Solange es ihm sein Gesundheitszustand gestattet, kann er deutscher „Volksvertreter“ bleiben.

Seine Gesundheit galt bis vor kurzem als ganz ausgezeichnet. Er war Professor, Reichstagsabgeordneter, Vizepräsident, Landtagsabgeordneter, Parteiführer, Versammlungsredner, Schriftsteller, Kolonialreisender, Zuderschachmann, Rittergutsbesitzer und sonst noch einiges. Spielend schenkte ihm alle Arbeit von der Hand zu gehen. Ja er selbst rühmt sich seiner eisernen Konstitution noch ausdrücklich in seinem Buch über Ostafrika, das vor etlichen Wochen erschienen ist. Um so peinlicher überrascht war die ganze Welt, als man hörte, daß er auf jein Staatsamt, die Professur an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, aus Gesundheitsrücksichten hat verzichten müssen.

Ja, ja, rasch treten die Gesundheitsrücksichten den Menschen an! Vor einem Jahre noch frisch und munter in Ostafrika, vor einem halben Jahre noch ernsthafter Kandidat für die Leitung der Kolonialabteilung, und nun zu seinem Bedauern nicht einmal mehr in der gesundheitlichen Lage, die wenig aufregende Tätigkeit eines Dozenten nicht wahrzunehmen. Als er im Frühjahr zu all seinen zahllosen anderen Tätigkeiten sich auch noch den mit „allerlei Arbeit“ verbundenen Posten eines direktorialen Kuffischratsmitgliedes an einer großen Bank „anwärtigen“ ließ, da sagten sich die Leute: der Paasche ist doch zu allem fähig. Und nun erklärt er sich selbst für gesundheitlich behindert, die paar Vorlesungen zu halten, zu denen er in den Parlamenten verpflichtet war.

Zeitlich fällt die Erkrankung von Paasches Gesundheitszustand ungefähr zusammen mit der Ernennung von Burgs zum Kolonialdirektor.

Diese Ernennung ist ihm so auf die Nerven gefallen, daß er den Studenten nichts mehr zu sagen weiß. So geht's manchmal im politischen Leben, und das Schreckliche kommt meistens plötzlich.

Der heilige Paasche wollte klammern und ist nun heruntergefallen. Seitdem lehnt er und mit ihm die nationalliberale Partei, deren treues Spiegelbild er ist. Sie gleichen den Konjunktiven bestimmungslos in die Arme und rutschen doch hinten herunter.

Das mag, weil sie als alle Sünder noch nicht inbegriffen genug an die „beseligende Straß der Kirche“ glauben, die der heilige Paasche vor Jahren im Reichstag mit heiliger

Stimme pries. Sie müssen noch viel frömmere werden, als sie schon sind. Dann wird die Kraft der Kirche sie nicht nur beseligen, sondern ihren Führer auch zum — Kolonialdirektor machen.

Der preussische Kinderkreuzzug.

Nicht der Kreuzzug der Kinder, sondern der Kreuzzug gegen die Kinder, und zwar gegen die polnischen Kinder Preussens.

Von den polnischen Reichstagsabgeordneten v. Grabski und Graf Mielzynski erhielt der preussische Kultusminister Studt am Montag nachmittag ein Telegramm, in dem die beiden Abgeordneten im Namen der Gnefener Eltern die sofortige Beiseitigung der kulturwidrigen „Arreststrafen“ beantragten, mit denen der preussische Staat die im Auftrag ihrer Eltern „reisenden“ polnischen Schulkinder zu züchtigen liebt. Es wurde in diesem Telegramm mitgeteilt, daß die Eltern bereit seien, die ganze Verantwortung für ihr Verhalten auf sich zu nehmen und für die Abschaffung des vorhin genannten Strafsystems wurden „menschliche und pädagogische Gründe“ ins Feld geführt.

Die Herren v. Grabski und Graf Mielzynski kennen aber die preussische Regierung nicht, wenn sie glauben, daß sie sich von „menschlichen und pädagogischen“ Gründen imponieren lasse. Schnurstracks gab der amtliche Draht folgende unentwegte Antwort zurück:

Die Aufhebung der Arreststrafen gegen Schulkinder, welche die bestehende Schulordnung verletzen, lehne ich ab. Kulturwidrig ist die Härte, welche die Väter der Schulkinder dazu verführt, Lektionen den Ungehörigen gegen Anordnungen der Schulbehörde zu Pflicht zu machen. Diese Anordnungen werden mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln durchgeführt werden.

Der „Nordd. Allgem. Btg.“ gefällt dieses Ministertelegramm inhaltlich und stilistisch so gut, daß sie „letzteres“ an der Spitze ihrer neuesten Nummer abdruckt. Sie fügt hinzu, die Regierung denke nicht daran, den polnischen Forderungen auch nur in einem Punkte nachzugeben, sondern werde ihre „wohlwollenden Anordnungen ohne Schwanken durchzuführen“.

Die polnischen Schulkinder werden von Herrn v. Studt ohne Schwanken eingesperrt, weil sie das vierte Gebot nicht übertreten wollen. Vielleicht will man sie dieses Gebot überhaupt nur deshalb nicht polnisch lernen lassen, damit sie es nur ja nicht verstehen sollen. Der Standpunkt der polnischen Eltern ist, vom Sachlichen ganz abgesehen, in fernem Beziehung durchaus der richtige. Wenn der preussische Staat Courage hat und „Konsequenzen“ ziehen will, so muß er die polnischen Klagen und die polnischen Geiseln einperren. Er mag's versuchen, denn ihn das Feil juckt. Aber die Geldenpoje, mit der er sich sechs-jährigen Bübchen und Mädelschen entgegenstellt, würde lächerlich wirken, wenn sie nicht in ihren menschlichen und pädagogischen Folgen so abscheulich und widerwärtig wäre.

Was jetzt in Preussisch-Polen geschieht, ist eine Schande für den deutschen Namen und erregt die täglich steigende Entrüstung des ganzen zivilisierten Auslandes. Da die Patrioten das nicht wahr haben wollen, muß es von den Vaterlandslosen desto öfter und lauter gesagt werden.

Die russische Revolution.

Gegen die neue Auleihe.

Das in Brüssel domicilierende internationale sozialdemokratische Bureau richtet an die sozialistischen Parteien aller ihm angeschlossenen Länder einen Aufruf, worin gesagt wird:

Die Kassen der russischen Regierung sind leer und man rechnet auf das Geld des Auslandes, um die Gegenrevolution zu unterstützen, die Freiheitsparteien zu zerstückeln, die schwarzen Banden zu bezahlen, die Juden zu vernichten und um ein Volk martern zu können. Seit langen Wochen arbeitet der Finanzminister Kozowoz und seine zahlreichen Agenten den westlichen und namentlich den amerikanischen Markt. Um hierbei Erfolg zu haben, täuscht die russische Regierung die Welt, indem sie heute eine Reform verspricht, die morgen ein neuer Ufas wieder aufhebt. Inzwischen arbeiten die Kriegesgerichte und richten Hunderte von Unschuldigen hin.

Das Bureau fordert daher die sozialistischen Abgeordneten an, in ihren Parlamenten Interpellationen hinsichtlich der beabsichtigten russischen Auleihe einzubringen und jede Gelegenheit zu benutzen, um gegen die Auleihe zu arbeiten. Ein zweiter Feldzug soll in der Arbeiterpresse aller Länder geführt werden. In Ländern, wo die Presse gesamt sei, hauptsächlich in Frankreich, und wo keine Arbeiterpresse vorhanden ist, sollen außerdem Flugblätter verbreitet werden.

Eine Studentenversammlung.

In der Petersburger Universität fand am Montag eine Versammlung von etwa 1000 Studenten statt, die durch Abfragen der Marxellaise eingeleitet wurde. Es gelangte eine von der sozialdemokratischen Gruppe in Vorschlag gebrachte Resolution zur Annahme, in der es heißt:

Die selbstherrliche Regierung unterdrückt durch Pogrome, Feldgerichte und andre grausame Maßregeln die Freiheit. Das letzte Jahr habe die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang genommen; das Proletariat und die Bauern müßten mit vereinten Kräften die tyrannische Versammlung aufheben, bei der revolutionären Studentenarbeit würden sie Unterstützung finden.

Für den Dienstag wurde beschlossen, sich aller Kundgebungen zu enthalten, um nicht den Schergen in die Hand zu arbeiten.

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 20. Oktober. Der Stadthauptmann gibt dem Straßenschnelzug bekannt, daß heute, am Jahrestage des Oktobermanifestes, keinerlei öffentliche Kundgebungen geduldet und daß solche, wenn es sein müßte, mit Besatzungswall unterdrückt

werden würden. Mehrfache Bekanntmachungen erfolgten durch die örtlichen Behörden auch in den Provinzstädten.

* Sebastopol, 20. Oktober. Der Chef der politischen Polizei, Michailow, fiel gestern abend einem Mischlag zum Opfer. Der Täter wurde ergriffen, handrechtlich zum Tode verurteilt und in der Nacht hingerichtet.

* Kasan, 20. Oktober. Ein von auswärts eingetragener Agitator hatte hier in der Universität eine Versammlung veranstaltet, der ein zahlreiches Publikum beizugoh. Die Universitätsverwaltung beschloß deshalb, die Universität vorläufig zu schließen.

Hd. Petersburg, 30. Oktober. Die Verhandlungen gegen den Arbeiterdeputiertenrat wurden auf morgen verlegt. Am 2. November hält der Staatsanwalt sein Plaidoyer und am 3. November dürfte das Urteil gefällt werden. — Aller Voraussicht nach dürfte der heutige Tag ruhig verlaufen. Eine große Zahl Studenten, welche an dem gestrigen Meeting in der Universität teilnahmen, wurden verhaftet. — Zur Verhütung von Unruhen sind heute sämtliche Bahnhöfe und öffentlichen Gebäude militärisch besetzt.

Aus der Parteibewegung.

Die Lokalorganisierten und die Partei. In unserer gestrigen Notiz über die Stellungnahme der Berliner Lokalorganisierten zu den Parteitagbeschlüssen wurde mitgeteilt, daß die betreffende Versammlung vom Berliner Gewerkschaftskartell einberufen worden sei. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken wir denjenigen unserer Leser, die die Berliner Organisationsverhältnisse nicht genau kennen, daß das Gewerkschaftskartell in Berlin die örtliche Vereinigung der Lokalorganisierten darstellt. Die Zentralorganisierten nennen die Institution, die dem heiligen Gewerkschaftskartell entspricht: Berliner Gewerkschaftskommission. Das Gewerkschaftskartell in Berlin trägt also einen ganz andern Charakter wie das Gewerkschaftskartell in Magdeburg und andern Städten, es hat nichts mit den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften zu tun.

Verurteilungen. Vor dem Schöffengericht Langensfeld wurde nach dem „Hanauer Anzeiger“ die Genossin Beck aus Hamburg wegen angeblicher Beamteneinbeziehung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatte am 30. April d. J. bei der Meißener zu Langensfeld die Festrede gehalten und dabei eine Redewendung gebraucht, die den überwachenden Gendarmen in seinen heiligen Schößen verletzte. — Am 23. August wurden die Genossen Heinich, Frankfort a. M. und Meh-Wehrheim wegen eines Flugblattes zur Wehrheimer Gemeinewahl vom Amtsgericht in Ultingen zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafanwaltschaft Wiesbaden hob dieses Urteil auf und sprach Genossen Heinich (der in der ersten Verhandlung als Bruder für den Inhalt des Flugblattes verantwortlich gemacht worden war) frei; Genosse Meh erhielt wegen des Inhalts des Flugblattes, was einen Verstoß gegen das vorhin genannte preussische Spezialgesetz darstellte, 5 Mark Geldstrafe bzw. 1 Tag Haft.

Das Urteil im Prozeß Seger, des verantwortlichen Redakteurs der „Leipziger Volkszeitung“, ist am Montag verurteilt worden. Es lautet wegen Beleidigung von vier Richtern auf zwei Monate Gefängnis. Die lange Begründung — so meint die „Leipziger Volkszeitung“ — sei eine Säufung von Revisionsgründen.

Genosse Arturo Labriola in Deutschland. Wie der „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie, meldet, wird Genosse Professor Arturo Labriola, Privatdozent für Nationalökonomie an der Universität Neapel, im Auftrag der Partei auf ein Jahr als Korrespondent nach Deutschland gehen. Wie bekannt, ist Arturo Labriola der Führer der internationalistischen Richtung in der Partei, die auf dem letzten Kongreß in Rom in der Minderheit blieb. Seine Entsendung als Korrespondent nach Deutschland ist eine Handlung von gewisser politischer Tragweite. Sie bedeutet die innere Einheit und Geschlossenheit der italienischen Partei über alle notwendigen Gegensätze hinweg und gibt den Beweis von dem hohen Grade der Meinungsfreiheit und gegenseitigen Toleranz, die sich die dortigen Genossen entgegenbringen.

Wieder ein preussischer Polizeistreich. Aus Altwasser im Niederschlag meldet die „Dresdener Volkswehr“: „Nachdem sämtliche Wirtze den Arbeitern keine Räume zu Versammlungen mehr zur Verfügung stellen, glaubt man, die Arbeiterbewegung manjot zu haben. Aber nun haben einzelne Genossen sich eine Wohnung in Altwasser (Vorort) gemietet und halten hier Versprechungen und Vorstandssitzungen ab. Die Polizei erscheint dann stets bei den Sitzungen auf, patrouilliert stundenlang vor der Tür auf und ab und drängt die eifrigen Dorfbewohner auf die Weine. Aber nicht genug damit. Der Wirt wurde am 20. Oktober auf das Distriktskommissariat geladen und dort vom Polizeiarzt Kleinfeld zur Rede gestellt. Wir lassen hier auszukunftsweise einen Teil des Gesprächs folgen: Polizeiarzt: „Sie Sozialdemokrat, an wen haben Sie Ihre Wohnung vermietet?“ — Wirt: „Ich habe den Namen dieser Leute vergessen.“ — Polizeiarzt: „Was, Sie kennen diese Leute nicht?“ — es sind Sozialdemokraten.“ — Wirt: „Nein.“ — Polizeiarzt: „Was, den Nachnamen kennen Sie nicht?“ — hundertfünfzig Mark Strafe müssen Sie zahlen, weil Sie auf diese Leute vermietet haben. Vor den Staatsanwalt kommen Sie. Wollen Sie die Leute nun ablehnen oder nicht?“ — Wirt: „Nein, mein Wort gilt mir mehr, ich kann es nicht mehr rückgängig machen.“ — Polizeiarzt: „So, dann werden Sie alle Tage die Polizei auf dem Hals haben und bei der geringsten Kleinigkeit Strafe zahlen.“ — Wissen Sie schon, was diese Leute da machen?“ — Auf welche Bestimmung sich dieses Vorgehen der Behörde stützt, ist völlig rätselhaft.“

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 30. Oktober 1906.

Zum Binnenhäfnerstreik.

Zu einer am Montag in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für Binnenhäfner und verwandte Gewerbe ist nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter folgender Antrag einstimmig angenommen worden: „Die Versammlung beschließt angesichts des Kontraktbruchs der ausländischen Mannschaften auf dem Standpunkt zu beharren, daß nach wie vor jede Verhandlung mit dem Hafenarbeiterverband abgelehnt wird und Verhandlungen mit einzelnen Kontraktbrüchigen Arbeitnehmern so lange ausgeschlossen sind, als diese die Arbeit nicht bedingungslos aufgenommen haben.“ Gleichzeitig wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes eine unmittlere Arbeiterpartei bilden und mit ihren Schiffsmanngschaften über die Art der Regelung des Arbeitsverhältnisses niemals abgelehnt haben.

Zu dieser Erklärung wird die Organisation der Binnenhäfner heute oder morgen Stellung nehmen und entscheiden ob sich eine Aenderung der Taktik im Lohnkampfe empfiehlt oder ob das bisher geübte Verfahren weiter beibehalten wird.

Infolge des Streiks machen sich im Verkehr mit Massengütern zwischen Deutschland und Oesterreich große Mißstände geltend. So wurden vor Ausbruch des Streiks am 10. Oktober für Massengüter für die Strecke Hamburg—Laubitz noch 55 bis 60 Pfennig für 100 Kilogramm berechnete während jetzt für dieselbe Strecke bis zu 110 Pfennig gefordert werden. Ueber diese Steigerung der Frachten um 90 bis 100 Prozent herrscht nach dem „Berliner Tageblatt“ in kaufmännischen Kreisen große Erbitterung. Man mach

den Schiffahrtsgesellschaften zum Vorwurf, daß sie es abgelehnt haben, mit der Sektion der Binnenfahrer über die Forderungen der Ausständigen zu verhandeln, und äußert ganz offen den Verdacht, daß die Schiffahrtsgesellschaften künstlich die Verlegung der Differenzen verzögern wollen, um während dieser Zeit die in Hamburg ankommenden Massengüter zu bedeutend höheren Frachten verschiffen zu können. In Deutschland erleiden die Kalkbinder, die Zuckerindustrie und die Landwirtschaft, in Oesterreich die Landwirtschaft, die Zucker-, Dünger- und Eisenindustrie ganz enormen Schaden. Wegen der Ablehnung der Uebereinkommen von bereits vor dem Streik abgeschlossenen Frachtverträgen dürfte es jedenfalls zu zahlreichen Prozessen kommen.

Die Stadtverordnetenwählerlisten, die einige Genossen zur Abschrift mit nach Hause genommen haben, müssen mit den geschriebenen Kuberts sofort bei Vichfeld abgeliefert werden.

Kommunen in gemeinsamer Arbeit. Ein Zweckverband zwischen Berlin und den Nachbarorten ist im Entstehen begriffen. Die Begründung einer solchen Interessengemeinschaft in verkehrstechnischen und politischen Fragen zwischen Berlin und den Vorortgemeinden hat am Montag einen Ausschuss beschäftigt, zu dem unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Vertreter Charlottenburgs, Schönebergs, Wilmersdorfs, Nixdorfs und Lichterbergs vereinigt waren. In der Beratung wurden die Grundzüge für eine solche Organisation erörtert und in einem Statutenentwurf festgelegt. Den Anlaß zu der Schaffung einer solchen Organisation gaben die Bestrebungen der großen Berliner Straßenbahn, durch ihr Netz einen großen Teil des Verkehrs auch in den Vorstädten dauernd zu monopolisieren, denen man durch eigene Unternehmungen entgegenzutreten wollte.

Der Eisenbahnminister beim Reformieren. Die Einstellung von Abteilen für Nichtraucher in die vierte Wagenklasse ist vom Minister Breitenbach genehmigt worden. Er hat jetzt die Eisenbahndirektionen ermächtigt, in den Personenzügen, und zwar zunächst in solchen, die dem durchgehenden Verkehr auf längeren Strecken dienen, Abteile für Nichtraucher in der vierten Klasse einzurichten, vorausgesetzt — daß die Beschaffenheit der Wagen es gestattet und daß mindestens zwei Wagen vierter Klasse in den Zug eingestellt sind. Wie oft diese Voraussetzung wohl gegeben sein wird? Damit nun aber ja nicht durch diese Trennung die vierte Klasse die gleichen Ausnahmen hat wie die dritte, zweite und erste, hat der Minister seine besondere Fürsorge den D-Zügen zugewandt, die bekanntlich keine vierte Klasse und selten nur dritte Klasse führen. Die durchaus anerkanntswürdige Ausrichtung der Abteile in sämtlichen D-Zugwagen aller Klassen mit Handbüchern und Seife hat bei den Reisenden großen Beifall gefunden und hat sich bestens bewährt. Von einigen Eisenbahndirektionen ist angegeben, daß in mehreren Fällen der Vorrat an Handbüchern und Seifenflüsschen bei der Rückfahrt der auf langen Strecken verkehrenden Züge nicht ganz ausgereicht hat. Nach einer neuerlichen Verfügung des Eisenbahnministers ist vorzuziehen, daß entweder die Dienstreifen einen größeren Vorrat erhalten oder auch die Nebenstationen entsprechend ausgerüstet werden. Auch ist Anweisung gegeben, daß von Zeit zu Zeit die gebrauchten Handbücher von den Dienstreifen aus den Waggons entfernt werden und daß bei Abgang des Zuges von der Nebenstation gebrauchte Handbücher in den Drahtkörben sich nicht befinden. Anerkennenswert! Aber unter den Reisenden vierter Klasse gibt es auch viele, die eine gleiche Einrichtung freudig begrüßen würden. Aber bei uns, wo alles klassifiziert ist, wird schon dafür gesorgt, daß sich auch die Klassen recht deutlich voneinander scheiden.

Der Zustand der Schlosser bei Mundlos u. Co. und die daraus erfolgte Aussperrung aller übrigen Leute haben eine Veränderung nicht erfahren.

Achtung, Holzarbeiter. Am Sonntag den 4. November, vormittags 10 1/2 Uhr, tagt im „Waisenhof“ eine öffentliche Agitationsversammlung, zu welcher Kollege Hreus, Berlin als Referent ausersuchen ist. In dieser Versammlung wird auch Stellung genommen werden zu der Ausperrung der Holzarbeiter bei Mundlos u. Co. Sämtliche organisierten Kollegen müssen es als ihre Pflicht ansehen, für die Versammlung schon jetzt mit der Agitation bei den nicht organisierten Kollegen einzutreten. Es darf auch nicht ein einziger Holzarbeiter fehlen. Was von dem Unternehmertum zu erwarten ist, zeigt die Ausperrung bei Mundlos u. Co. Von Mund zu Mund muß die Parole gehen: Sonntag früh zum „Waisenhof“! (Näheres folgt im Inferrat.)

Achtung, Metallarbeiter! Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag den 4. November durch die Zeitungsträger wiederum, wie in den Vorjahren, eine statistische Aufnahme erfolgt mittels Fragekarten, welche gewissenhaft auszufüllen sind. Wir bitten unsere Mitglieder diese Angaben bereitwilligst und streng objektiv zu machen, da sie nur dann wirklichen Wert besitzen und als Material zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter dienen können. Eine Schädigung kann durch die Verantwortung für keine Kollegen eintreten. Weiter bemerken wir, daß noch nicht von allen Betrieben die Fragekarten eingegangen sind. Wir bitten sie unverzüglich abzuliefern. Die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Wenn der Vater Redakteur ist. Unter dieser Stichmarke berichteten wir in Nr. 148, daß der „Central-Anzeiger“ in leichtfertiger Weise über angebliche Liebesgriffe eines Krankentransportanten dem Sohne eines „Centr.-Anz.“-Redakteurs gegenüber berichtet hatte. Der Redakteur der Schloßerinnungs-Krankenkasse, Polley, strengte deswegen gegen den Redakteur Roether vom „Centr.-Anz.“ Klage wegen Beleidigung an. Witzlich fand vor dem hiesigen Schöffengerichte die Verhandlung statt, die mit einem Vergleich endete, wonach der „Centr.-Anz.“ in einer öffentlichen Erklärung dem Beleidigten beschuldigen mußte, daß der diesem gemachte Vorwurf des eigenmächtigen Handelns unbegründet war. Wenn schon im „Centr.-Anz.“ bei Angelegenheiten, die die eignen Redakteure betreffen, so leichtfertig

mit der Wahrheit umgegangen wird, dann kann man sich einen kleinen Begriff davon machen, wie in anderen Fällen das Blaue vom Himmel herabgeschwindelt wird.

Zeitungskuppel. Aus New-York wird gemeldet, daß dort gegen Gordon Bennett, den Herausgeber des „New York Herald“, ein Haftbefehl erlassen wurde. Herr Gordon Bennett hat in seiner Zeitung täglich ganze Spalten jener Kuppelartikel erscheinen lassen, in denen angeblich jenseitige Damen besserbetreute Herren suchen. Er hat aus diesem schmutzigen New-Yorker Zeitungsgeschäft alljährlich Hunderttausende Dollars gezogen, die es ihm erlaubten, in Paris den Mäcen, den Sportsfreund, den Preispendler zu spielen. Daß eine Zeitung, die solchen Prostitutionsartikeln Interzessur gibt, nicht anders als irgend jemand handelt, der sich mit dem Kauf und Verkauf von Frauenkörpern beschäftigt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Es ist ja nicht die einzige Ähnlichkeit zwischen der gewerksmäßigen „öffentlichen Meinung“ und dem gewerksmäßigen „öffentlichen Haus“. In Amerika — so hat die Presse doch auch ihre Rechte — wird nun den Zeitungskuppeln ihr schmutziges Handwerk einigermaßen erschwert, wenn auch der Haftbefehl wider Gordon Bennett und seinen Interzessur Gillam vielleicht mehr aus wahltagtätigen Gründen erlassen worden ist. Dem Anzeiger des New-Yorker Interzessurhauses wird der Haftbefehl mindestens keine Festigung seiner reinen Gesellschaftsstellung in Paris bringen. Daß auch wir Magdeburger diese Interzessur brauchen könnten, das ist aus den Annoncenseiten des „General-“ und „Central-Anzeigers“ zu ersehen. Die Dirne, die im Straßenfenster arbeitslos wird von den Polizisten gestraft und gehetzt, die andre Dirne, die im Rahmen der ehrenwerten Wälder sitzt und ihre Netze anstellt, um „ältere Herren“ oder gar „Frauendinnen“ zu gewinnen, darf ganz ungehindert ihr mindestens ebenso unterforschungsbedürftiges Gewerbe treiben. Vom „General-Anzeiger“ haben wir vor nicht langer Zeit einmal einige Proben mitgeteilt. Der „Central-Anzeiger“ brachte am Sonnabend 3. B. folgendes Interzessur:

Sichere Existenz für Bäcker. Taht. unterm. Bäckergehilfe kann i. e. flottig. Bäckeri einheiraten. Off. unter C. U. 341 an die Exp. d. Central-Anz.

Man ist schon so viel gewöhnt und so abgebräut, daß man ein solches Interzessur noch als verhältnismäßig harmlos ansieht. Und doch: wech moralischer Tiefstand offenbart sich darin! Die bürgerliche Presse ist auch feil wie eine Dirne. — Gordon Bennett listete bekanntlich zu einer alljährlich stattfindenden Automobilweltrennen, an der auch die „Wilde der deutschen Nation“ regelmäßig teilnehmen und bei der immer eine Anzahl Tote und Verwundete auf der Strecke bleiben, einen großen Preis. Sein „Geschäft“ bringt ihm das eben ein. Die deutsche Kuppelpresse konnte sich jedesmal in der Anstimmung Weimerts nicht genug tun.

Die Feststellung eines Bebauungsplanes westlich der Fischestraße in der Sudenburger ist jetzt erfolgt. In Anbetracht der fortschreitenden Bebauung sowohl an der Fischestraße selbst als auch an der weiter westlich gelegenen Westerschüler Straße, machte sich die Feststellung eines Bebauungsplanes notwendig. Der Plan sieht einerseits für die Sudenburger Wuhne, andererseits für die Kroatenuhne (jetzt ebenfalls Braunschweiger Straße genannt) je eine 20 Meter breite Straße vor. Ferner wird die in der Umgebung begriffene Westerschüler-Straße in der bereits genehmigten Breite von 12 Meter bis zur Sudenburger Wuhne durchgeführt. Schließlich ist die bisher nur auf 16 Meter Breite festgesetzte Verlängerung der Lutherstraße westlich der Fischestraße auf 20 Meter verbreitert.

Der Betrieb der Straßenbahn erfährt ab 1. November infolgedessen eine Veränderung, als die ersten Wagen, auch die Früh- oder Arbeiterzüge des Morgens eine Stunde später, also um 6 Uhr von jeder Endstation abfahren. Diese Wagen treffen sich 6.25 Uhr früh zwischen Markt und Ulrichstraße, wo dann nach jeder Richtung umgestiegen werden kann. Jede Endstation ist bis 7 Uhr wieder zu erreichen. Am diese Zeit beginnt dann der regelmäßige Verkehr. Der Abendbetrieb erleidet keine Veränderung.

Wie leicht man ein Betrüger werden kann. Die Schaffner der Straßenbahn richten oft an ihre im Wagen befindlichen Fahrgäste die Frage, ob jeder ein Besitz eines Fahrscheins ist. Es wird wenig bekannt sein, daß sich derjenige unter Umständen eines Betrugs schuldig macht, der sich, obwohl nicht im Besitze eines Fahrscheins, bei dieser allgemein gehaltenen Frage nicht meldet, um sich einen Fahrschein zu lösen. Ein Kommis zu Kronenberg bei Elberfeld fuhr mit der Straßenbahn von Kronenberg nach Elberfeld. Obwohl der Schaffner die Frage an die im Wagen anwesenden Fahrgäste gerichtet hatte, doch noch jemand ohne Fahrschein sei, hatte sich der betreffende Kommis, der keinen Fahrschein besaß, nicht gemeldet, wodurch der Schaffner in den Irrtum verlegt wurde, der Kommis sei Unbrennt. Nach erfolgter Entdeckung, daß dieser als blinder Passagier mitgefahren sei, wurde auf Veranlassung der Straßenbahnverwaltung die Anklage wegen Betrugs erhoben. Diese fuhrte zu seiner Beurteilung sowohl bei dem Schöffengericht als auch bei der Strafkammer des Landgerichts zu Elberfeld in der Berufungsinanz.

Folgen der Nacharbeit. Dem Arbeiter Karl Steinbock aus Bückeburg fiel in der Nacht zum Dienstag bei Ausübung der Nacharbeit in der Fabrik von Otto Grison u. Co. ein Fahrrad auf den linken Fuß, wodurch dieser gequetscht wurde. St. fand Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus.

Folgen des Alkoholgenusses. Am Montagabend gegen 9 1/2 Uhr entwickelte sich unter einer Anzahl von Arbeitern, die in unrunder Stimmung dem Ort Diebhorst zusteueren, in der Nähe des Westfriedhofs eine arge Schlägerei, bei der der Arbeiter Wilhelm Krüger schwere Verletzungen erlitt. Er wurde dort mit vollständig zerklüfteten Unterleib und mit schweren Verletzungen an der Junge verwundet aufgefunden und nach dem allstädtischen Krankenhaus geschafft. Politische Ermittlungen nach den Urhebern oder Teilnehmern bei der rohen Tat haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt, da Krüger noch bewußtlos daniederliegt.

Verbreit. Bei einer Reparatur, die am Montag nachmittag der Schlosser Karl Wagner aus Bückeburg an einem Dampfrohr in der Eisenbahnbetriebswerkstatt vornehmen wollte, wurde W., der nicht wußte, daß in dem Rohre noch Dampf war, durch Ausströmung desselben am Oberkörper und Gesicht schwer verbrüht. Der Unglückliche wurde nach Anlegung eines Rotverbandes dem Sudenburger Krankenhaus überwiesen. — Dort wurde auch am Montag der Revolverdieb

Richard Moser aus Leisnorf aufgenommen, der sich in der Amaturenfabrik von E. U. Strube an der Drehbank den Daumen der rechten Hand gequetscht hatte.

Im Haus. Die 22jährige Kellnerin Elise Ehrhardt, Budauerstraße 3 wohnhaft, fiel am Montagabend gegen 9 Uhr im berauschten Zustand im Café Westhofen in eine nach dem Hof hinausgehende Fensterscheibe, wobei sich Fräulein E. heftige Verletzungen am Kopf und den Armen zuzog, daß ihre Aufnahme im allstädtischen Krankenhaus erfolgen mußte.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag nachmittag in der Budauerstraße von H. C. Maquet Nachf. Der dort beschäftigte Arbeiter Julius Waresch aus Sudenburg geriet mit dem rechten Arm in eine Zudertransportschnecke, wobei dem Armeisten der Ober- und Unterarm vollständig zerquetscht wurde. Der Schwerverletzte wurde dem Sudenburger Krankenhaus zugeführt.

Blinder Löwe. Am Montagabend gegen 7 Uhr bemerkten einige Leute auf dem Hohenkufenring, daß anscheinend aus dem Dache des Grundstücks Nr. 6 große Feuerfontänen herausflogen. Die daraufhin alarmierte Feuerwehr stellte fest, daß im Hause Nr. 7 Holzwohle als Brennmaterial gebraucht wurde. Eine Gefahr lag nicht vor. — Der Sanitätswagen der Feuerwehr wurde am Montag fünfmal bei Unfällen in Anspruch genommen.

Wilhelm-Theater. „Das Jungfernstück“ erfreut sich noch immer einer großen Beliebtheit, das beweist wohl die starke Nachfrage nach Plätzen zu diesem Stück. In der am Donnerstag stattfindenden ersten Aufführung dieser Spielzeit tritt Fräulein Hebi Blenz wieder auf; sie spielt die Komtesse Marie, in welcher Rolle sie schon im vorigen Jahre großen Erfolg zu verzeichnen hatte. Auch die übrigen Rollen sind gut besetzt. — In den anderen Tagen der Woche bleibt nach wie vor „Die Herren von Magim“ auf dem Spielplan.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 29. Oktober 1906.
Das Schöffengericht Magdeburg beurteilte am 22. August d. J. die vorbestraften Arbeiter Richard Müller, geboren 1881, und Franz Benede, geboren 1887, hier zu je 3 Monaten Gefängnis und 3 Tagen Haft. Im Juni d. J. war in der Helmstedter Straße eine Luftschaukel aufgestellt und es hatten sich dort abends viel junge Leute zusammengefunden, die großen Lärm machten. Müller, der sich wohl hervortun wollte, rumpelte den dort die Aufsicht führenden Schuttmann Lorenz an. Da er den Weisungen des Beamten nicht nachkam, wurde Müller festgenommen, soll jedoch Widerstand geleistet und sich mit Hilfe Benedes befreit haben. Die Berufung der Angeklagten wurde verworfen.

Im Sumpfe. In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen die vorbestrafte Frau Marie Swade, geboren 1871, ohne festen Wohnort, verhandelt. Dieselbe lebt seit Jahren von Mann und Kindern getrennt und treibt sich bettelnd, stehend und Lieberlichkeiten freibend im Lande umher. Heute war sie beschuldigt, einem Manne in Göttersleben die Uhr und Geld gestohlen zu haben. Das Urteil lautete wegen Bettelns auf 1 Woche Haft, wegen des Rückfalldiebstahls auf 6 Monate Gefängnis.

Freigesprochen wurde der Mechaniker Karl v. d. Wall zu Debitfeld von der Anklage der Urkundenfälschung.

Ein roher Patron. Der Arbeiter Karl Kiersehl hier, geboren 1865, ist bisher noch nicht bestraft, hat sich aber leider dem Trunk ergeben und soll im Hause an seiner kleinen Tochter ein Sittlichkeitsverbrechen begangen haben. In Anbetracht der scheinlichen Weise, in der sich der Angeklagte an dem 6 Monate alten Kinde vergangen hatte, erkannte die Kammer in nichtöffentlicher Sitzung auf 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Letzte Nachrichten.

* Berlin, 30. Oktober. Der russische Minister des Auswärtigen, Jewoltsky, fährt hier, nachdem er von Paris angekommen ist, lebhafte Verhandlungen. Auch mit dem Reichskanzler. Der Jarismus braucht Geld!

* Berlin, 30. Oktober. Die am 1. Juli d. J. eintretende Erhöhung des Portos hat bereits die von uns vorausgesagte Wirkung ausgeübt. Die gewohnte Steigerung der Einnahmen der Reichspostverwaltung hat in den letzten Monaten, vor allem im September, erheblich nachgelassen.

Hd. Westmünde, 30. Oktober. Die hiesigen Fischdampfer-Matrosen traten wegen Gehaltsdifferenzen in den Aufstand.

* Pappel, 30. Oktober. Die Vollversammlung der Handwerkerkammer hat nach längeren Erörterungen und allseitiger Betonung der alle Erwerbsverhältnisse drückenden Viehnot einstimmig eine Erklärung angenommen, in der die alsbaldige Deckung der Lücken für Einfuhr gesunden Viehes unter sanitären und veterinären Sicherheitsmaßregeln gefordert wird. Es soll eine direkte Eingabe an den Bundesrat und Reichstag gerichtet werden. — Bisher schloßen sich die Handwerkskammern als die Bundesgenossen der Agrarier. Nun müssen auch sie gegen die agrarischen „Beschäfer“ des Mittelstandes Front machen.

* Karlsruhe, 30. Oktober. Es bedurfte erst einer Vorstellung des Justizministeriums bei der Kirchenbehörde in Freiburg, um zu veranlassen, daß der zu einem Jahre Zuchthaus verurteilte Pjarrer Gaisert in Gabelweigen in der Abhaltung des Gottesdienstes und in der Ausübung der Seelsorge durch einen Vikar abgelöst wurde. Das geschah erst am 24. Oktober, nachdem Gaisert am 6. Oktober zu Freiburg wegen Verleitung zum Meuterei verurteilt worden war.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 31. Oktober. Starke südliche Winde: ziemlich trüb. Viel Regen; wärmer.

Sunlight-Seife



bietet die beste Garantie gegen vorzeitige Abnutzung der Wäsche. Sie ist vollständig frei von scharfen Bestandteilen und — infolge ihrer Herstellung aus den besten Grundstoffen nach dem vollkommensten Verfahren — unübertroffen an Milde und Reinigungskraft.

Abgesehen davon, dass die Sunlight Seife als erste Qualitätsmarke in ihrer Wirkung geradezu unerreicht ist, kann sie auch auf Grund ihrer Ausgiebigkeit als sehr billig bezeichnet werden. Machen Sie bitte einen Versuch und achten Sie beim Einkauf genau auf den gesetzlich geschützten Namen und die Originalpackung.



Stoff-Reste u. Coupons

Neuheiten für Herbst und Winter, gute deutsche und englische Fabrikate, sind eingetroffen. Durch vorteilhafte

Gelegenheits-Kasse-Einkäufe

und geringe Geschäftskosten bin ich in der Lage, zu Preisen, die man bisher nicht für möglich hielt,

Anzüge, Paletots, Hosen nach Maß

aus guten, wirklich reellen Stoffen zu liefern. Sorgsamste Verarbeitung und tadelloser Sitz sind durch meinen sich ständig ausdehnenden Kundenkreis gewährleistet.

L. Marnheimer

Breiteweg 1201
Ecke Braunschweigstr.

Fernsprecher 1938. 1146 Fernsprecher 1938.

Wringmaschinen 36 cm jetzt nur 12 Mk

Wringmaschinen - Gummibezug sofort lieferbar, sehr billig.

Albert Brennecke Magdeburg - Sudenburg
Ecke Westendstraße.

Obsthalle.

Pflaumen 1 Pfd. 5 Pf., 10 Pfd. 30-40 Pf., gute weiche Erdbeeren 10-20 Pf., Kirschen 5-10 Pf., Äpfel in allen Preislagen. 1418

Albert Kolb
Himmelreichstraße 6-8.

Bei Friedländer

Alles auf Kredit!

von



an

streng moderne Paletots

moderne Anzüge, goldfarbig kariert

Blusen, Kostüme, Jacketts

Pelzstolas, Kragen, Muffen

Wochen

Rate

A. Friedländer



Breiteweg 118

Eine unübersehbare Reihe

von Vorteilen z. B. Garantie für Frische und Wohlgeschmack, grösste Butterähnlichkeit, sauberste Verpackung, hohe Ergiebigkeit und-deshalb bedeutende Ersparnis bietet jeder Hausfrau der Gebrauch der beliebten Delikatess-Margarine

SOLO in Carton

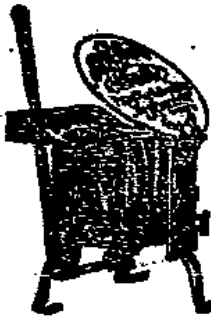


Empfehle mein reichhaltiges Lager von **Nähmaschinen, Fahrrädern, Wäscherollen, Wasch- und Wringmaschinen.** Naumanns Nähmaschinen, welche sich zur Kunstnäherei besonders eignen, sind unstrittig die besten für Familie und Gewerbe.



Jeder Käufer erhält Unterricht in der Kunstnäherei gratis. Ueber 2 Millionen im Gebrauch : : : Seit 31 Jahren in Magdeburg eingeführt.

Grösste Auswahl von Zentral-Bobbin mit sehr großen Spulen. Rund- und Langschiff-Nähmaschinen mit 5jähriger Garantie. Fahrräder, nur beste Fabrikate. Waschmaschinen, rund und sechseckig. Wäscherollen, zwei- und dreiwalzige.



Kataloge auf Wunsch gratis und franko. Reparaturen jeder Art an obigen Maschinen prompt und billig!

Größtes Lager in sämtlichen Ersatzteilen.

Reinhold Osterroth, Mechaniker, Magdeburg
am Bahnübergang Lüneburger Strasse am Bahnübergang

Otto Breiffeld
Buckfabrik, Gr. Schulstr. 15
Filiale: Schwibbogen 11
Ecke Königshof

Probier- u. Verkaufslokal
empfiehlt seine bereits bekannten sehr beliebten 59 Pf. **Brühwürste etc.**

Lieferant von Herrentaug, Salzquelle, Schnittfleisch und Automat.

Leih-Haus
Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1881) 92

Höchst-Beleihung
jeder Wertsache.
Strengste Verschwiegenheit.

und **Polsterwaren**
Möbel kauft man am besten und billigsten in der 888

Möbel-Fabrik
gegründet 1845

W. Diesing
Tischlermeister
4 Dreieckstr. 4
Teilhaltung gestattet.
Bei je 10 Mark Anzahlung für 100 Mark Möbel.

Freiwillige Versteigerung.
Aufträge zur öffentlichen Versteigerung werden jederzeit angenommen. Kasse u. Abrechnung sofort.

Berthold Wolff, Auktionator
1074 Schwertfegerstraße 14.

Heute und folgende Tage kommen **Große Posten elegante Herren-Jacketts Anzüge, Rock- und Gehrock-Anzüge Winter-Paletots, Loden-Joppen Jacketts und Hosen** sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben ferner: **Große Posten Schuhwaren aller Art** für Herren, Damen u. Kinder zu spottbilligen Verkauf.

B. Wolff
Schwertfegerstraße 14.

Silva
beste 2 Pfg.- Zigarette garantiert Handarbeit. 588

Warme Füße
Leder-Schaftstiefel mit hartem Filzfutter, mit Holzsohlen oder Leder auch mit extra harten Lederböden
Leder-Schnallenstiefel mit bestem Filzfutter, mit Holzsohlen oder auch mit extra harten Lederböden
Filz-Schnallenstiefel für Herren und Damen, mit und ohne Filzbesatz sowie mit und auch ohne Absatz
Filzschuhe und -pantoffel bestes schickes Fabrikat, in verschieden. Ausführungen u. Preislagen zu billigsten aber streng festen Preisen empfiehlt und versendet 1432

Wilhelm Coors, H.-Sudenburg.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 254.

Magdeburg, Mittwoch den 31. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Meidet bei euren Einkäufen die Rabattpargeschäfte, unterstützt den Konsumverein durch Kauf und werbt neue Mitglieder für den Konsumverein!

Rüffet zu den Stadtverordnetenwahlen!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von den Gemeindevahlen in Magdeburg und zahlreichen Gemeinden im Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“.

Es ist deshalb notwendig, daß überall eiligt die nötigen Rüstungen besorgt werden, um der sozialdemokratischen Partei einen neuen Fortschritt zu sichern. Man hat ihr oft vorgeworfen, daß sie unredlich daran tue, die politischen Gegensätze, die wir auf andern Gebieten finden, auch in die Behandlung der Gemeindeangelegenheiten hineinzutragen. Dieser Vorwurf stammt von Leuten, denen es unangenehm ist, wenn die Gemeindeangelegenheiten von großen Gesichtspunkten aus betrachtet und erledigt werden, die es als ein unantastbares Vorrecht ansehen, ihre Vorteile auf den Rathhäusern wahrzunehmen, ihre Politik dort durchzusetzen. In Wirklichkeit ist es eine dringende Notwendigkeit, daß die Politik und die Schachermacheri früherer Zeiten durch eine ernsthafte, klare Kommunalpolitik, deren Träger sich notwendigerweise an die bestehenden großen politischen Parteiverbände anzuschließen haben, ersetzt wird.

Klassenkampf in der Gemeinde! Wie oft hört man unsere Gegner diesen Ausruf stöhnen! In Wirklichkeit verhalten sich die Dinge so, daß wir Sozialdemokraten durchaus nicht nötig haben, den Klassenkampf in die Gemeinden einzuführen. Er ist nämlich dort in seiner rohesten Form an der Tagesordnung. Woßin wir auch immer blicken, wird in der Gemeinde die große Schär der Besitzlosen in der schroffsten und empörendsten Weise von wenigen Besitzenden benachteiligt, d. h. als Masse bekämpft. Nicht nur in den großen Städten, nein, auch in den kleinsten, weltabgelegensten Bauerndörfern kann man diese Beobachtung immer und immer wieder machen. Die Aufgabe, die uns Sozialdemokraten in der Gemeinde zufällt, ist nicht die, den Klassenkampf zu entfachen, sondern nur die, alle bisher im Klassenkampf schwer benachteiligten Besitzlosen Schichten der Bevölkerung zu einem kraftvollen Widerstand gegen eigensüchtige, von jeder Rücksicht freie Eliten zu organisieren. Es ist gewiß wahr, daß Gemeinden, vor allem die ganz großen, auf dem Gebiete des Verkehrsweßens, der Gesundheitspflege, der Wasserwerkversorgung usw. Einrichtungen getroffen haben, die des Lobes wert sind. Es ist aber ebenso wahr, daß diese Einrichtungen nicht als Teil und Ausfluß einer organischen, weit-aussehenden Kommunalpolitik zu gelten haben, sondern vielmehr auf der Initiative einzelner Beamten unter oftmals geschickter Ausnutzung des Widerstreites von privaten Interessen geschaffen worden sind. Ebenso häufig oder vielmehr viel häufiger sind sogar die Beispiele dafür, daß die Wächter auf den Rathhäusern die Mittel der Gemeinde zu ihrem eignen oder zum Vorteil ihrer Klasse mißbraucht haben.

Die schmachliche Rechtsungleichheit, die in allen Gemeindeverfassungen festgelegt worden ist, hindert die proletarischen Kreise der Nation, einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Gemeindeverhältnisse zu gewinnen. Es muß deshalb die Kommunalpolitik, die wir treiben, an diesem Punkte immer aufs engste mit unserer allgemeinen Politik verknüpft bleiben: wir müssen unseren Einfluß im Lande und im Reich weit über das bisherige Maß hinaus verstärken, um auch in den Gemeinden den der Arbeiterschaft nach ihrer Zahl, nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und nach ihrer moralischen und intellektuellen Wichtigkeit zustehenden Platz zu erobern. Indessen lehrt die Erfahrung, daß die sozialdemokratischen Vertreter auch dort, wo sie in der Minorität sind und keinerlei Hoffnungen haben können, unter dem heutigen Wahlrecht die Mehrheit zu gewinnen, einen weitreichenden Einfluß auf die Gestaltung der Gemeindeangelegenheiten auszuüben vermögen. Wir haben sogar dafür Beispiele in Deutschland, daß ein einziger sozialdemokratischer Stadtverordneter, der sich mit eisernem Fleiß und rücksichtsloser Entschlossenheit seinen Aufgaben widmete, die Politik seines Gemeinwesens an vielen Punkten entscheidend beeinflusst hat. Es ist nicht allein die persönliche Tüchtigkeit, der stammende Enthusiasmus für eine große Sache, der solches bewirkt, sondern in erster Linie der Umstand, daß unser Kommunalprogramm unzweifelhaft die Wohlfahrt des Ganzen zu fördern geeignet ist.

Eine wahrhaft volkstümliche und fortschrittliche Gemeindepolitik bringt den arbeitenden Schichten der Bevölkerung eine außerordentliche Förderung, eine Stärkung im Lebenskampfe, deren sie dringend bedarf. Ursprünglich auf die Verwaltung des städtischen Vermögens und Grundbesitzes im wesentlichen beschränkt, hat die gemeindliche Verwaltung ihre Tätigkeit nach immer mehr Seiten hin ausgedehnt: sie erstreckt sich auf die Schule wie auf die Armenpflege, auf die öffentliche Gesundheitspflege wie auf das Wohnungsweßens, auf die Fürsorge für die Bildung Schulklassener wie auf die Anlagen zentraler Wasser-, Licht- und Kraftleistungen; die Gemeinde ist häufig zugleich der größte Arbeitgeber auf ihrem Territorium; wichtige Teile des Polizeiwesens unterstehen ihrer Leitung; das Steuerweßens ist in manchen Teilen ganz in ihre Hand gegeben usw. Man sieht aus dieser Aufzählung schon, daß die Teilnahme an der Kommunalverwaltung unmittelbar von wirtschaftlicher und direkter Frucht tragen kann. Zunächst kommt es darauf an, alle Vorbereitungen für die gemeindlichen Wahlkämpfe zu treffen. Es kann die Frage, wie Karl Bücher mit Recht sagte, nicht länger mehr umgangen werden, ob sich die Verfassung und Verwaltung unserer Gemeinden noch in Einklang mit den Kulturbedürfnissen der Nation befinden und ob sie ebensoviel für ihre Angehörigen, wie für den Staat das leisten, was sie nach den materiellen Opfern, die sie von den Einwohnern

fordern, leisten könnten und sollten. Wir sind gezwungen, diese Frage heute zu verneinen, und die Zustände können in der Tat erst gebessert werden, wenn eine starke Teilnahme der sozialdemokratisch gesinnten Bevölkerung an den Gemeindevahlen eine tüchtige Blutauffrischung den Vertretungsgörperschaften der Gemeinden gebracht hat.

In Magdeburg sind zu wählen:

Altstadt:

August Fabian. Otto Frenzel. Hermann Giesecke. Robert Historius. Albert Vater.

Neustadt:

Alwin Brandes. Richard Mitjch.

Sudenburg:

Franz Königstedt.

Die Wahlen finden vom 12. bis 15. November statt. Die Wahlagitatorik muß also jetzt nachhaltig einsetzen, wenn sie Erfolg haben soll.

Zur Erledigung schriftlicher Arbeiten, mit den Stadtverordnetenwahlen im Zusammenhang stehen, werden Schriftgewandte Parteigenossen ersucht, sich diese Woche abends und, soweit sie Zeit haben, auch am Tage in Büchters Restaurant, Knochenhauerufer 27/28, zur Verfügung zu stellen. Von 8 Uhr morgens an ist ein Genosse in dem Lokale unterwegs, der die nötigen Anweisungen erteilt. Gebraucht werden jeden Tag zirka 100 Mann, deren Tätigkeit von großer Bedeutung für den Wahlausfall ist. Wer irgend kann, stelle sich daher dem Wahlkomitee zur Verfügung.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Hungerpeitsche der Schuhfabrikanten. Der Vorsitzende des Deutschen Schuh- und Schäftefabrikantenverbandes in Bamberg hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben folgenden Inhalts erlassen:

Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten.

Bamberg, 18. Oktober 1906.

An unsere Mitglieder!

Unser Zweigverband, der Verband der Berliner Schuhfabrikanten, teilt uns mit, daß er infolge Streiks der Schuharbeiter die allgemeine Aussperrung in sämtlichen Verbandsfabriken verweigern mußte.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, keine Arbeiter aus den Berliner Betrieben einstellen zu wollen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die Differenzen bei der Firma R. J. Mayer, Schwäbisch-Gmünd, beigelegt sind.

Hochachtung!

Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten.

Manz, Vorsitzender.

Das ist natürlich kein Terrorismus. Es sind ja keine Arbeiter, die sich solcher Mittel bedienen!

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Außer im Ruhrkohlenrevier haben nun auch im rheinischen Braunkohlenrevier sowie im Bessberger Revier Bergarbeiterversammlungen stattgefunden, in denen die Lohnfrage behandelt und den Beschlüssen der Siebenerkommission und der Verbandsvorstände zugestimmt wurde. Eine in Meuselwitz abgehaltene Bergarbeiterversammlung beschloß, daß die einzelnen Gruben in der Lohnbewegung nicht selbständig vorgehen, sondern nur der Anweisung der Siebenerkommission folgen sollen. Der Verein für die bergbauwürdigen Interessen Niederschlesiens hat das Eingehen auf Verhandlungen mit den Organisationen der Bergarbeiter ebenfalls abgelehnt. Die Unternehmer sind sich also einig darin, die Arbeiterorganisationen zu ignorieren. Und die Arbeiter: Sie haben es für nötig gefunden, sich vier oder gar fünf Organisationen zu geben, ihre Kräfte zu zersplittern und ihre Schlagfertigkeit zu vermindern. Die Bergarbeiter können von den Bergunternehmern noch viel lernen.

Lohnbewegungen und Streiks. In der Zeiger Eisenindustrie haben nach eismüdigem Zustand 100 Kesselschmiede die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen Zugeständnisse gemacht worden waren. — Zum Streik der Formner und Geßer in Leipzig wird mitgeteilt, daß nur die Metallformner und -gießer, nicht aber die Eisengießer ausständig sind. — Nach der „Offenbacher Zeitung“ ist die Lohnbewegung in der Metallindustrie, bei der 2000 Arbeiter teils die Arbeit niedergelegt hatten, teils ausgesperrt worden waren, auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens beendet worden. — Montag früh sind in Hamburg und in Altona die Besatzungen der Fischdampfer, außer den Kapitänen, Steuermännern und ersten Maschinisten, in den Ausstand getreten. Die von See kommenden Dampfer werden entlastet und dann von der Besatzung verlassen. Der Streik der Hochseefischer ist ausgebrochen, weil die Fischerei-Wieder auf Lohnforderungen nicht geantwortet haben. — Die Angestellten der elektrischen Werksunternehmungen in Budapest haben die Konzeptionen der Direktion abgelehnt, weshalb der Streik fort dauert. Der Verkehr der Wagen ist auch stark reduziert. Die Direktionen haben eine große Zahl der Angestellten aus entlassen erklärt. Der seit zwölf Tagen andauernde allgemeine Bäckereistreik ist mit einem vollen Erfolg der Streikenden beendet worden. — In Verbiers ist die erwartete Einigung im Zwischenschuß noch nicht erzielt; am nächsten Dienstag wird eine neue Sitzung stattfinden. Am Sonntag wurden 90 000 Kilogramm Kartoffeln an die Aussperrten verteilt.

Münchener Streikjustiz. Als im August der Münchener Stadtmagistrat den Unternehmern durch das Verbot des Streikpostens helfen zu Hilfe kam, behauptete die „Frank. Tagespost“, es seien schon vorher von der Polizei Leute wegen Streikpostens angezeigt worden, und sie hätten auch deshalb Strafmandate erhalten. Diese Notiz hatte auch zur Folge, daß gegen den verantwortlichen Redakteur eine Unterjuchung wegen — Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen eingeleitet wurde. Nachdem aber der Beschuldigte dem Untersuchungsrichter sein Material, auf das sich die Behauptung stützte, vorgelegt hatte, hielt es der Staatsanwalt für klüger, die Einstellung des Verfahrens zu verfügen. Jedenfalls hat er sich überzeugt, daß wirklich Strafmandate auf Grund einer wahren Behauptung erlassen worden sind. Die Streikjustiz ist nach immer in eifriger Tätigkeit. Für ihr Wirken folgendes Beispiel: An einem Neubau arbeiteten Streikbrecher, von denen einer ein Kind mit einem Beien mißhandelte. Die Nachbarn empörten sich darüber, worauf die Streikbrecher zu lächeln ansetzten: eine Ältere Frau würde

„Dreckau“ genannt, ihre Tochter mit einem Namen bezeichnet, den der Volksmund Profliierten gibt usw. Die Beschädigten riefen zurück: „Ihr Streikbrecher.“ Das war ein Staatsverbrechen, und sie wurden wegen Vergehens gegen § 153 angeklagt. Das Gericht nahm zwar als erwiesen an, daß die Arbeitswilligen zuerst geschimpft hätten, aber das sei kein Anlaß gewesen, sie als Streikbrecher zu bezeichnen, dadurch habe man sie nur zur Niederlegung der Arbeit veranlassen wollen. Die Frau wurde zu drei, ihre Tochter zu acht und ein Mann ebenfalls zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Die habsbüche Streikjustiz hat die preußische und sächsische überflügelt.

Ein Streikgesetz für den Kanton Bern. Als im vorigen Jahre in Bern die Richter streikten, kam es zu einer „Streikdebatte“ im Großen Rat des Kantons Bern, die damit schloß, daß die Regierung aufgefordert wurde, einen Gesetzentwurf einzubringen, betreffs Verhinderung und strafrechtlicher Ahndung von Streikausführungen und betreffs Schutzes der persönlichen Freiheit der Arbeitswilligen und der Arbeitgeber — unter Wahrung der Rechte der Streikenden, wie schließlich dem Antrag noch beigefügt wurde. Der Regierungsrat veröffentlichte nunmehr den Entwurf eines solchen Gesetzes. Dieses Gelegenheitsgesetz wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch in der Novembersession den Großen Rat beschäftigen und es wird, ehe es in Kraft treten kann, die Volksabstimmung zu passieren haben. Das Gesetz zerfällt in zwei Teile, einen positiven und einen negativen, wenn man so sagen darf. Der erste Teil sieht die Einigung von Einigungsämtern vor, der zweite Teil enthält Bestimmungen, die den Schutz der Arbeitswilligen und die polizeiliche Behandlung von Streikenden, Ansammlungen und Umzügen betreffen. Der Motivenbericht kommt zu dem Schluß, daß es eine Aufgabe des Staates sei, den Arbeitskampf „vernünftig“ zu machen, indem er eine Justiz schaffen, die unparteiisch prüft und schlichtet oder zu schlichten sucht. Das sollen die in dem Gesetz vorgesehenen Einigungsämter sein. Die Organisation dieser Einigungsämter soll durch eine Verordnung des Großen Rats festgestellt werden. Die Art der Einigungsämter wird im Gesetzentwurf gar nicht bezeichnet. Der Motivenbericht erklärt sich gegen obligatorische Einigungsämter, indem er sagt, daß an deren Schaffung erst gedacht werden könne, wenn Arbeitnehmer wie Arbeitgeber feste, rechtlich geschützte Berufsorganisationen haben, die bei Zwiderhandlung gegen Entschädigungen des Einigungsamtes zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Der Entwurf sieht also die Errichtung von freiwilligen Einigungsämtern vor, solchen, deren Vermittlung nicht angenommen zu werden braucht.

Der zweite Teil des Gesetzes enthält Strafbestimmungen. Der betreffende Paragraph des Entwurfes sagt: „Wer während einer Arbeitseinstellung einen Arbeitswilligen durch Tätlichkeiten, Drohungen, Ehrbeleidigungen oder durch erhebliche Belästigung an der Ausübung seiner Berufstätigkeit verhindert, wird mit Gefängnis von 1—60 Tagen und, wenn er ein Ausländer ist, überdies mit Landesverweisung von 2—10 Jahren bestraft.“ Das Gesetz bedroht ruhestörende Ansammlungen während eines Streiks, deren Teilnehmer auf polizeiliche Aufforderung nicht auseinandergehen, an der Teilnahme mit Gefängnis von 1—60 Tagen. Streikumläufe können verboten werden. Der Streikgesetzentwurf der Berner hat jubelnde Zustimmung bei allen schweizerischen Schachmachern gefunden, und er verdient diese Anerkennung auch. Er hat als Vorbild die deutsche Buchhändlervorlage genommen, ob der Entwurf aber Gesetz wird, ist doch noch fraglich.

Gewerkschaften und Sozialreform.

Professor Berner Sombart, der sozialpolitisch fortgeschrittenste deutsche Professor, mußte diese höhere Einsicht damit büßen, daß ihn Preußens Minister gegen den Geist in Breslau als außerordentlicher Professor berufen ließ und ihm oben-dreien in der Person des Herrn Julius Wolf eine Straßprofessur auf die Nase setzte. Die Berliner Kaufmannschaft, die sich eine Handelsfachschule in Berlin gegründet hat, erklärte nun Sombart aus der Verbannung, indem sie ihm eine Professur übertrug. Dieser Tage hat Sombart sein neues Amt angetreten, von Breslau aber verabschiedete er sich in einer Rede, die auch bei den Arbeitern Beachtung verdient. Er führte im Breslauer Verein für soziale Reform aus:

Als vor etwa 5 1/2 Jahren die Breslauer Ortsgruppe des Vereins für soziale Reform ins Leben trat, so habe er sich in seinem ersten Vortrag mit dem patriarchalischen und dem modernen konstitutionellen Arbeitsverhältnis beschäftigt. Wenn er heute zurück-zurück auf die seitdem verfloßene Zeit, so staune er selbst, wie rapid sich die damals prophezeite Umwandlung vollzogen habe. Wollte man eine Antwort auf die Frage, welches der beiden Arbeitsverhältnisse das bessere sei, so glaube er selbst, daß theoretisch das patriarchalische unwirtschaftlicher erscheine. Das sei aber heute gar nicht mehr die Frage, denn an-gestrichelt des rapiden Aufschwungs der Gewerkschaftsbewegung, der gerade in die letzten Jahre fällt, könne von einer Rückkehr zu jenem nicht mehr die Rede sein. Die Gegenätze im wirtschaftlichen Leben seien von Jahr zu Jahr schärfer geworden, und er wisse selbst nicht, wo der feste Punkt liege, auf dem einmal ein Frieden zustande kommen könne. Vielleicht sei — wie im Völkerverleben — der bemäntelte Friede für lange Zeit der Weisheit letzter Schluß und die Hoffnung auf mögliche Seltenheit jener gigantischen Lohnkämpfe, wie sie uns die letzten Jahre gezeigt, beruhe dann auf einer möglichen Stärkung der Organisationen beider Teile, die aus Scheu vor den Folgen des Kampfes dann selbst das System der langfristigen Tarifverträge weiter ausbauen würden. Es liege also für den Sozial-reformer kein Grund vor, seinen bisherigen Standpunkt aufzugeben. Betrachte er nun das zweite Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft, die Staatshilfe — als Ergänzung der im Ausbau der Organisationen liegenden Selbsthilfe —, so sei er noch immer der Ansicht, daß ein solches Eingreifen notwendig sei. Die Gefahren aber, die darin liegen, daß man den Kapitalismus durch den Bureaunkritismus zu jügeln versuche, seien außerordentlich groß, und die Gesellschaft habe zwar die in einem Nebenbuhren, des kapitalistischen Gewinnstrebens liegenden Gefahren begriffen, sei sich aber noch nicht voll im Klaren darüber, welche Schädigung ihr von dem riesigen Zintenfisch der Bureaunkritie drohe, das jede private Initiative erlöchen könne. Auch hier sei das theoretische Ideal, die absolute Freiheit des einzelnen, durch die Ent-wicklung der Dinge als utopisch erwiesen, und seinem einsichtigen Sozialpolitiker werde es heute noch beifallen, die Prinzipien des praktischen Arbeiterschutzes anzufassen. Auf diesem Gebiete sei in den letzten Jahren wenig Neues geschaffen worden und eine gewisse Stagnation unverkennbar; trotz alledem aber brauche man nicht müßlos in die Zukunft zu blicken. Immerhin seien doch zwei Schritte von prinzipieller Bedeutung zu erwähnen. Durch das Kinderzuschußgesetz sei der Grundsatz ausgesprochen, daß das Kind nötigenfalls auch gegen die eignen Eltern in Schutz genommen werden müsse, und damit sei die Staatsgewalt wohl an das äußerste Ende ihrer prinzipiellen Entwicklung nach dieser Richtung, bei dem Einriff in die Familie angelangt.

Dah ein so gefährlicher Schritt notwendig gewesen, zeige, welche Schäden vorhanden waren. Daneben siehe als zweiter Meilenstein in der Geschichte der Sozialpolitik die Berner Konvention vom 20. September 1903, in der zum erstenmal internationale Vereinbarungen über Fragen des Arbeiterschutzes getroffen wurden. Hier sei ein Sammentorn gelegt, das hoffentlich in naher Zukunft zu einem starken Baum heranwachsen werde. Die Berner Konvention beruht völlig auf den Vorarbeiten der internationalen Gesellschaft, die jetzt dem Schutze der jugendlichen und Geimarbeit und der Einführung eines allgemeinen Maximalarbeits-tages auch für Männer ihr Hauptinteresse zugewendet habe. Hinter ihr ständen heute etwa fünf bis sechs Millionen korporativ geschlossene Arbeiter der verschiedenen Länder und ebenso mehrere Millionen umfassende Zahl von Einzelmitgliedern aller Berufsgruppen. Von dem deutschen Zweige der Gesellschaft haben sich die sogenannten freien Gewerkschaften — im Gegensatz zu anderen Ländern — fern gehalten. Er erblicke, wie sich die Verhältnisse nun einmal entwickelt haben, ein Hauptbediensteter der Gesellschaft darin, daß sie durch ihre Unterstützung der anderen Gewerkschaften auf die freien, d. h. sozialistischen, einen Druck auszuüben, dahingehend, daß jene sich mehr der sozialen Fragen der Gegenwart zuwenden, während sie sonst vielleicht mit vollen Segeln ins revolutionäre Fahrwasser abgedrillt wären.

Die letzte Wendung kann so aufgefaßt werden, als sei für Herrn Sombart die Sozialpolitik nur Mittel zum Zweck, die Arbeiter vom revolutionären Fahrwasser fern zu halten. Wir wissen, daß das nicht der Fall ist. Sombart übt Sozialpolitik um ihrer selbst willen. Das ist nicht nur loblich, sondern auch klug. Enttäuschungen wären sonst unausbleiblich. Durch sozialpolitische Experimente treibt man die Arbeiter nicht aus dem „revolutionären Fahrwasser“, und selbst wenn, was ja nicht ausgeschlossen ist, die Gewerkschaften ihre Stellung zum Verein für Sozialpolitik einmal ändern sollten, so würde das ohne Einfluß auf ihre Stellung zur „Revolution“ bleiben. —

Provinz und Umgegend.

Aßlerleben, 29. Oktober. (Stadtverordneten-Sitzung.) Es erfolgt die Feststellung der Liste der stimmfähigen Bürger sowie die Wahl der Beisitzer und Stellvertreter. Als Beisitzer zur Wahl in der ersten Abteilung jungieren die Stadtv. Jahn und Busch, in der zweiten Abteilung die Stadtv. Wächler und Drosch, zur dritten Abteilung, Bureau I und II, die Stadtv. Baumgarten, Höning, Siedel und Hümer. — Der Drogiß Gehle hat ein Bild Bauplatz zum Straßenterrain abtreten müssen, wofür der Betrag von 148 Mark zu entrichten ist. Dieser Betrag soll dadurch aufgebracht werden, daß der vor dem Hause befindliche Frühlings an Zueingang niedriger gelegt wird. — Auf Antrag des Tischhinternehmers Lapp sowie der angrenzenden Anwohner der Westerberge soll eine Erweiterung des städtischen Gasrohrnetzes bis zu den Westerbergen erfolgen. Die Ausführung erfordert einen Kostenbetrag von 10 000 Mark. Um eine Verjüngung dieses Kapitals zu 3 1/2 Prozent sowie eine Amortisation von 3 Prozent zu ermöglichen, verpflichtet sich Herr Lapp, das für jährlich 1000 Mark auf 10 Jahre zu entnehmen. Ebenso haben sich die Anwohner der dortigen Gegend bereit erklärt, Gas zu entnehmen. Stadtv. Albrecht bekämpft die Vorlage. Man solle sich durch dieses Entgegenkommen nicht der Hoffnung hingeben, Herr Lapp auf längere Zeit als guten Steuerzahler hier zu haben. Bei diesem Herrn wachse die Aussicht über den Aufenthalt sehr schnell, auch wenn er im Besitz einer so herrlichen Villa ist. Stadtv. Steiner erklärt sich für die Vorlage. Es kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob Herr Lapp dauernd hier verbleiben will. Die 1000 Mark müßten doch gezahlt werden. Andernfalls dürfte aber dann den übrigen Anwohnern das Angenehme der Gasbeleuchtung zugute kommen. Die Vorlage wird angenommen. — Durch die Beschaffung einer zweiten Pumpe für das städtische Wasserwerk im Betrage von 17 500 Mark wird die Möglichkeit geschaffen, die im Betrieb befindlichen Brunnen jeweils einzeln auszukapen, um deren Reinigung vorzunehmen zu können, was jetzt Schwierigkeiten macht. Der Antrag wird angenommen. — Nach der letzten Anstellung betragt die Zahl der schwachbegabten Kinder 30. Da es im Interesse der Lehrer und der schwachbegabten Kinder liegt, eine zweite Klasse der Hilfsklasse zu errichten, wird ein diesbezüglicher Antrag mit der Maßgabe angenommen, die neuzuschaffende Lehrstelle neben dem Grundgehalt mit 300 Mark Zulage, welche nicht pensionsberechtigt sind, zu dotieren. Zu dem Antrag auf Gewährung eines Jahresbeitrags von 50 Mark für die Ausbildungskosten der Polizei-Gehilfenbeamten in der Polizeischule in Halberstadt spricht Stadtv. Steiner und führt aus: Die Ablehnung dieses Antrags dürfte für die Bevölkerung von Aßlerleben große Nachteile bringen, indem die Ausbildung junger Polizeibeamten in theoretischer und praktischer Beziehung sehr vorzuziehen wäre. Das habe sich aus dem Verhalte der Polizeibeamten am Morgen des 1. Mai erwiesen. Demals sind friedliche Spaziergänger in den Burganlagen von den Polizeibeamten unter Leitung des Kommissars angehalten worden. Ebenso ist gegen eine Anzahl Spaziergänger Anzeige erhoben worden. Alles dieses hat eine Menge von Material erfordert und ist hierfür Zeit und Geld unnötig vergebend. Durch die Gerichtsverhandlung in Halberstadt ist hierfür der volle Beweis erbracht. Alles dieses wäre nicht möglich gewesen, wären die Beamten über ihre Funktionen unterrichtet gewesen. Bewilligen Sie den Betrag und, falls Beamte an dem Unterricht teilnehmen, so berücksichtigen Sie nicht nur die Unterbeamten, sondern auch die höheren Beamten, auch diesen dürfte der Unterricht von Vorteil sein. Der Antrag wird angenommen. — Der Antrag auf Ankauf der Stille einer Musikhalle jenseits der Herren Otto und Richard Westphal wird angenommen. Stadtv. Dr. Straußwanger widerlegt die unzutreffende Behauptung, daß mit der Errichtung der Musikhalle die Bekämpfung der „Perzenterei“ ihren Anfang nehmen dürfte. — Die Einlieferung arthroskopischer Apparate aus städtische Krankenhaus macht die Einleitung einer weiteren Nachschube notwendig. Der Betrag wird bewilligt. — Ein Schreiben des Juwenaliums, worin dieser Klage über die Anbahnung des Juwenaliumsbetriebes der städtischen Gasanstalt führt, wird durch Reamtsnahme erledigt. —

(Städtlich verhängter Unfall.) Mit dem Gefährlich Schlächter Wiedrich beauftragt der Polizeimeister Gröndberg ein Schwein nach dem Schlachthof zu führen. Beim Gehen in die Straße Stahlfabrik Höhe schenkt das Pferd und reißt die rechte Straße hinab. Wegen Fahrlässigkeit war der Fahrer abgemahnt worden. Das Schwein mußte hinterher nach der Klause kurz eilen. Hierüber führt es ein, was zwei Hämmerhütungen gezogenen Handwagen. Diese kamen ohne Verletzung davon, nur wurde der Wagen beschädigt. Das Pferd wurde durch den Zusammenstoß zum Stehen gebracht. Der Fahrer hatte die Gewalt über das Pferd bereits verloren. —

Berg, 30. Oktober. (Eine Gastrolle) hat der jährliche Hauptmann von Spenndorf aus für sich gegeben. Das Tagelager wird dadurch folgendes gezeichnet:

Der Hauptmann von Spenndorf hat, wie ein jülicher Postbote und Wirt, auch hier in Berg bereits einmal eine Gastrolle gegeben. Der Wirt hat sich folgendes gezeichnet: Es war im Winter 1866/67 unter Oberbürgermeister Herr Wiedrich, als von Spenndorf aus zwei Eysen zu bestellende Postenwagen über je 1 Taler für einen im damals bestehenden (wunderlichen) Hotel logierenden Jäger zum Hauptmann Jäger eingingen. Ein Unterbeamter bestellte die Postenwagen, und am nächsten Tage erschien der Hauptmann auf der Post (ein Ansehen des Geldes selbst erfolgte damals noch nicht). Es lag von demselben Unterbeamten, der gerade Postenwagen bestellt hatte, jeder und Jahr geben, während die beiden Postenwagen und ein Schalter des Geld ab. Hauptmann war der Schalterbeamte wegen der Postenwagen dem Hauptmann, daß er sich beim Gehen der Postenwagen genau haben sollte, da er je 1 Taler gab, während die Postenwagen auf je 2 Taler lauteten. Es sollte sich heraus, daß der Schalter je eine 2 vor die 1 gesetzt und demnach 2 Taler erhalten hatte. Qualifiziert er mit „Berg a. Rander“, auch auf der Straße hatte er das „a.“ geschrieben. Der Schalterbeamte mußte die Differenz von 40 Talern

beden. Der „Herr Ingenieur“ hatte mit dem Raube hier bei Seeger von gelebt, die Kellnerinnen traktiert, war aber, als die Polizei ihn suchte, bereits nach Magdeburg abgedampft. Auch dort hat er ähnliche Schwindereien verübt; später ist er in Prenzlau verhaftet und — auch der hier verübten Tat halber — bestraft worden. Der angeklagte Ingenieur war — Schuster Boigt aus Eilst, der Hauptmann von Spenndorf!

(Achtung, Arbeiter Burg!) Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird sich heute, Dienstag, abend im „Grand Salon“ eine öffentliche Volksversammlung besaßen. Wir erwarten angesichts des lebhaften Interesses, welches diese Wahl hervorruft, dringend, daß der Besuch dieser Versammlung ein beträchtlicher ist, daß er schon als gutes Omen für den Ausfall der Wahlen angesehen werden kann. Vorwärts! Er scheint zu Hunderten in dieser Versammlung! Referent ist Genosse Weims-Magdeburg. (Siehe Annonce gestern.) —

Halberstadt, 30. Oktober. (Der Bürgermeister von Croppentledt) und der Amtsvorsteher in Jilly haben unsern Genossen, welche drei Volkstaler und Flugblätter verbreiteten, das Material beschlagnahmt. Vom Croppentledter Bürgermeister sind sie auch mit Strafmandaten beehrt worden. Der Herr erblickte darin eine strafbare Handlung, daß die Verbreiter das Material unbedeckt unter dem Arm tragen und damit von Haus zu Haus gingen. Hierdurch soll die äußere Heiligkeit der Sonn- und Festtage außer acht gelassen sein. Es ist wirklich rührend, was man alles aus den vergilbten Blättern herausliest, um den Sozialdemokraten bezukommen. Da wir aber die Rechtsansichtungen dieser Herren nicht teilen, so wird gegen die Strafmandate Berufung eingelegt. Die Gerichte müssen zweifellos zu einer Freisprechung gelangen. —

(Achtung, Parteigenossen!) Am Donnerstag abend findet in Volkmanns Lokal, Bakenstraße, eine Versammlung des Sozialdemokratischen Bezirks statt, in der Genosse Müller-Obersleben einen Vortrag halten wird. (Siehe Inserat in nächster Nummer.) —

Halberstadt, 29. Oktober. (Die Folgen ungenügender Ausbildung.) Am 19. August d. J. fand an der Haltestelle Sternwarte der elektrischen Straßenbahn durch einen Zusammenstoß zweier elektrischer Wagen ein erheblicher Unglücksfall statt, wobei der Schaffner Lange, der die Verhüllung der Wagen vornahm, einen schweren Schenkelbruch erlitt. Der Verunglückte liegt heute noch im Krankenhaus. Dieser Vorfall hat den Arbeiter Hugo Weder von hier, der zeitweise als Hilfsfahrer auf dem Elektricitätswerk beschäftigt wird, auf die Anklagebank gebracht. Weder soll durch seine Fahrlässigkeit den Unglücksfall verschuldet haben, indem er nicht schnell genug von den Bremsen Gebrauch gemacht habe. Weder behauptet dagegen, daß die Bremsen versagt hätten. Auch habe er noch nie den Hinterräder gefahren, seine Ausbildung sei sehr mangelhaft gewesen, man könne ihm daher keine Schuld beimessen. Die Weisensaufnahme ergab nichts Belastendes für den Angeklagten, es wurde sogar bestätigt, daß ein Vertragen der Bremsen nicht ausgeschlossen sei. Der Staatsanwalt beantragte 50 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof ging von dem Gesichtspunkt aus, daß Weder ein ungenübter Fahrer und nicht genügend ausgebildet sei, um zur rechten Zeit die Situation übersehen zu können. Auch mache Weder den Eindruck eines etwas beschränkten Menschen. Eine Fahrlässigkeit sei nicht erwiesen. Deshalb mußte der Angeklagte freigesprochen werden. — Nach unserer Meinung gehörte nicht Weder auf die Anklagebank, sondern die Direktion des Elektricitätswerks. Sie hat leichtsinnig gehandelt, indem sie Weder, der nur 14 Tage ausgebildet und nach seinen geistigen Qualifikationen überhaupt untauglich ist, einen solchen verantwortungsvollen Posten zu bestreiten, als Wagenführer benutzte. Erschwerend kommt noch in Betracht, daß Weder gerade Sonntags benützt wurde, wo auf dieser Strecke alle Wagen stark besetzt sind, so daß oft der Wagenführer kaum seinen Stand beschaufeln kann. In solchen Lagen müssen nur erfahrene Führer benützt werden. Dies ist die Direktion, wenn sie sich nicht einer groben Fahrlässigkeit schuldig machen will, dem Publikum schuldig. Da sich nun die Straßenbahn in städtischer Regie befindet, so hat die Stadtverwaltung wahrlich alle Ursache, solche Ungehörigkeiten zu bejahren. In einem Privatbetriebe dürften ganz bestimmt solche Eigenarten nicht vorkommen, da würde unsere Polizeiverwaltung schon genügend Obacht geben. Also warum geschieht das hier nicht. —

Quedlinburg, 30. Oktober. (Verhaftung.) Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde am Freitag in der Knaben-Mittelschule der Lehrer Sch. wegen Berechnens wider die Sittlichkeit verhaftet. Sch. ist akademisch vorgebildet und hat Theologie studiert.

(Der Automobilist.) Eine ältere, anscheinend schwerhörige Dame entging am Sonnabend auf dem Steinwege mit knapper Not der Gefahr, durch ein Automobil überfahren zu werden. Der Führer des Automobils hatte rechtzeitig das Warnungssignal gegeben, was die Frau aber nicht hörte; es gelang ihm durch starkes Bremsen, die Fahrgewandigkeit zu verringern, so daß die Dame noch rechtzeitig durch Vorübergehende bemerkt werden konnte und mit dem Schrecken davonkam. —

Schönebeck, 30. Oktober. (Hafenarbeiter.) Am 28. Oktober hielt der Verband der Hafenarbeiter seine fast besuchte Monatsversammlung ab. In der Diskussion über den Kartellbericht sprach Genosse Habermann seine Entrüstung aus, daß ein praktischer Arzt wie der Gehirnarzt Dr. Boden, der erst vor einigen Jahren in elterlichem besuchter Versammlung dem Genossen Weisler-Berlin gegenüber erklärte, daß er als Arzt wohl am besten konstatieren könne, wo den Arbeiter der Schuß drückt und wie es komme, daß der Arbeiter so oft dem Alkohol könne, sagen konnte: das Kartell vertritt ja gar nicht die Arbeiter. Habermann erklärte weiter, daß wer den Stadtverordnetenrat geleitet habe, der müßte über Forderungen wie: Kleine Herren mitunterlegen brauchen Sie ja nicht die Eingabe in den Papierkorb zu werfen, aber an einen anderen Ort — aufkommen in Groß. Er liege an der Arbeiterschaft von Schönebeck und Umgegend bei eventuellen Kartellwahlen in den Krankenkassen den Herrn Gehirnarzt Dr. Boden dahin zu setzen, wo er die Eingabe des Kartells hinschicken wollte! Ferner wurde noch von einigen Rednern das Vorgehen des Herrn Direktors Baudel, Stadtrat von Schönebeck, gerügt, der infolge des Schiffersstreiks (er ist selbst Schiffersstreik) mitgetroffen ist, seinen Arbeiter wieder dadurch anstellt, daß er, wie er schon früher machte, alten Arbeiter, die zehn Jahre und noch länger bei ihm arbeiteten, ja dort zum Invaliden wurden, einfach kündigt. Bei einem soll zu diese Kündigung wieder zurückgenommen sein. Das sind die Wohltaten des Stadtrats Baudel, daß er Familienväter kurz vor dem Winter einfach auf das Straßenpflaster wirft und an deren Stelle polnische Arbeiter beschäftigt. Arbeiter! Mann werdet ihr endlich einmal die Augen aufmachen und auch an den Stadtverordnetenwahlen teilhaben, damit das Vorgehen solcher Stadtväter im Stadtparlament inoffiziell werden kann. Die Versammlung nahm zu dieser Gelegenheit nachfolgende Resolution an: Die Hafenarbeiter-Versammlung hat erzwungen, daß die Entlassung der betreffenden Kollegen als eine Maßregelung vom Expedition- und Schiffsfahrkontor zu erachten ist. Die Versammlung spricht mit voller Entrüstung und Unterstützung der Direktion des genannten Schiffers ihr größtes Bedauern aus, noch dazu, da es sich um langjährige, treue Kollegen handelt, welche in dieser Weise auf Straßenpflaster geworfen wurden, um fremden, ausländischen Arbeitern Platz zu machen. Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe dagegen. Die organisierten Hafenarbeiter werden in Zukunft die nötigen Maßnahmen dagegen treffen. Nachher wurde die impopuläre Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen. —

(Stitzelwicz-Abend.) Am Mittwoch, 7. November, findet im Stadtparl ein Stitzelwicz-Abend statt. Ein sehr reichhaltiges Programm kommt zur Ausführung, u. a.: Zeitgemäße Besprechungen und der Gesangschor des Hauptmanns von Köpenick. Da nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zur Ausgabe gelangt, möchten wir ermahnen, wegen der großen Nachfrage sich jetzt schon mit Karten zu versehen. Im übrigen sehr Inserat. —

(Die Bibliothek) ist jetzt geöffnet nur Sonntags von 11—12 Uhr. Die Genossen werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Stahlfurt, 29. Oktober. (Wie Vermögungen wachsen.) Das Annehmen von Vermögungen wird von den Verteidigern der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung immer als eine besondere Tugend gepriesen, für die dem Inhaber dieser Tugend mit Recht besondere Vorrechte, z. B. Kapitalzinsen u. dgl. zustehen. Vergegenwärtigen wir uns einmal an einem Beispiel, wie überraschend schnell ein kleines Vermögen zu einem großen sich auszuwickeln vermag. Vor 10 Jahren hatte Stahlfurt, obgleich es seine Einwohnerzahl bis auf über 19 000 entwickelt hatte, nur eine Apotheke, ein sehr angenehmer Zustand für den Apotheker. Damals aber konzeptionierte die Regierung nach langem Drängen eine zweite Apotheke dem Herrn Scheer. Dieser Herr kaufte zum Apothekenbetrieb ein Haus in der Bismarckstraße und baute es entsprechend aus. Das hat ihn 37 000 Mark gekostet. Aber nach einigen Jahren verkaufte er die Apotheke für 180 000 Mark, und in diesem Jahre ist sie wiederum, und zwar für 230 000 Mark verkauft worden, nachdem sie durch eine Drögerie vergrößert ist. Keiner der Herren Apotheker hat gehungert. Nicht durch Sparsamkeit haben sie ihr Vermögen so vergrößert. Sie haben das Sparen auch nicht nötig gehabt, denn die Preissteigerung ist der sprechende Beweis dafür, daß sie das Geld schaffelweise verdient haben. Und wer hat ihnen das Geld hingebacht, bringt es noch hin und wird es auch fernerhin hinstreichen? Die Vermissten der Armen, die Kranken, herrliche Weltordnung, die aus den Reiben der Menschheit Gold prägt! —

Herbstkontrollversammlungen.

Vom 2. bis 5. November.

Groß-Ottersleben. Gesellschaftsraum zum Frankenselde. Montag den 5. November, vorm. 9 Uhr, für die Ortshaften Diesdorf und Leinsdorf; vorm. 10 Uhr, für Klein-Ottersleben und Bennedensbed; vorm. 11 Uhr, für Groß-Ottersleben.

Niederndobeleben. Gasthof zum Adler. Freitag den 2. November, nachm. 3 Uhr, für die Ortshaften: Irzleben, Niederndobeleben, Schnarleben, Wellen.

Obenstedt. Gasthof zur Krone. Sonnabend den 3. November, vorm. 9 1/2 Uhr, für die Ortshaften Obenstedt.

Siechenbarleben. Gasthof zur Post. Freitag den 2. November, vorm. 10 Uhr, für die Ortshaften: Drafsenstedt, Dreileben, Druzeberge, Siechenbarleben, Groß-Rodensleben, Hemsdorf, Mammendorf, Dähmerleben.

Wolmirstedt. Gasthof zur Stadt Prag. Montag den 5. November, nachm. 2 Uhr, für die Ortshaften: Glindenberg, Zerleben, Wolmirstedt, Golsitz, Elben, Farsleben, Heinrichsberg, Bindhorst, Weßberg, Samsweigen, Zitzsch mit Schride.

Zeitzhan. Bisheriger Kontrollplatz. Sonnabend den 3. November, nachm. 1 1/2 Uhr, für die Ortshaften: Zeitzhan mit Treßow, Hohenlochan mit Klappermühle, Ladeburg, Groß-Lüß, Klein-Lüß mit Grünberge und Hoptale, Prödel. —

Gommern. Garten des Schützenhauses. Montag den 5. November, nachm. 12 1/2 Uhr, für die Ortshaften: Stadt Gommern mit Reine Mühle, Wilm und Vogellang; nachm. 3 Uhr, für die Ortshaften: Kelenberge, Dammigow, Elbenau, Orknewalde, Karitz, Reditz, Röhren, Blöth, Prezien, Randau, Ranies, Wähitz. —

Genthin. Schützenhaus. Montag den 5. November, nachm. 2 1/2 Uhr, für die Ortshaften: Alkenplathow mit Domäne Hagen, Alkenbellin, Bretlin, Fienereode, Genthin, Hohenbellin, Mägel, Mielebod, Parken, Rößdorf mit Dunkelstorf. —

Kogau. Nicolaischer Gasthof. Sonnabend den 3. November, nachm. 3 Uhr, für die Ortshaften: Angern, Bläß, Tröschern, Boitsche mit Ramstedt, Kogau, Sandbeinendorf. —

Gerwisch. Bisheriger Kontrollplatz. Freitag den 2. November, vorm. 8 1/2 Uhr, für die Ortshaften: Biederitz mit Hefroßsberge, Widen, Korbeltz, Gerwisch, Hohenwarthe, Königsdorn, Postau, Menz, Möfer, Wötmlich, Woltersdorf. —

Halberstadt. „Elysum“. Montag den 5. November, vorm. 10 1/2 Uhr, für die Ortshaften: Emersleben, Groß-Quenstedt, Klein-Quenstedt, Harzleben, Weßstedt, mit Ausnahme der Spezialwaffen des Jahrgangs 1899; nachm. 2 Uhr, für die Stadt Halberstadt: Die Mannschaften der Infanterie der Jahrgänge 1899 und 1900 sowie die Mannschaften aller Waffen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1894 eingetreten sind. —

Quedlinburg. Schillings Theaterlokal, Marschlingerhof 17/18. Dienstag den 6. November, vorm. 9 Uhr, die Jahrgänge 1902 bis 1908 aus Quedlinburg und Mühlenthorf und sämtliche Mannschaften aus Suderode; nachm. 3 Uhr, die Jahrgänge 1899, 1900 und 1901 sowie die Landwehrlente aus Quedlinburg und Mühlenthorf und sämtliche Mannschaften aus Westerkamfen. —

Sandau. Vor dem Hause des Gastwirts Wandelow. Sonnabend den 3. November, vorm. 8 Uhr, für die Ortshaften Camern, Sandau, Wulstau. —

Begeleben. Gasthof zur Laune. Donnerstag den 5. November, vorm. 8 1/2 Uhr, für die Ortshaften Begeleben, Aderleben, Rodersdorf. —

Thale. Hotel Forsthaus. Montag den 5. November, vorm. 9 Uhr, die Jahrgänge 1901 bis 1908 aus Thale; nachm. 3 Uhr, die Jahrgänge 1899 und 1900 aus Thale und sämtliche Mannschaften aus Ratsteden, Reinfstedt, Weddersleben, Steckenberg und Friedrichstranu. —

Kleine Chronik.

Geschichtliche Zwischenrufe.

In dem vom wissenschaftlich-humanitären Komitee herausgegebenen Monatsbericht teilt der Vorsitzende des Komitees, Dr. med. Hirschfeld (Charlottenburg), mit: Eine gebildete 22jährige Dame beabsichtigt, auf sein Bureau, sich handschriftlich umschreiben zu lassen, da die Unterzeichnung ergeben habe, daß die Dame männlichen Geschlechts ist. Da jedoch die Dame mittelalt ist, erucht Dr. Hirschfeld edle Menschenfreunde, der Dame durch Unterstützung die Geschlechtsveränderung zu ermöglichen. — Erwünscht wäre es, wenn jemand die Dame als Sekretärin bzw. Sekretär engagieren wollte. —

Verhafteter Raubmörder.

Der Raubmörder, der bei Färstenwalde Sonntag nach dem Aufbruch von der Schultheiß-Bräuerei ermordet und seiner Verhaftung im Betrage von 250 Mk. beraubt hat, ist in der Person eines polnischen Arbeiters in Mühlenthorf verhaftet worden. Er hat die Tat bereits eingestanden. Der Raubmörder fuhr nach seiner Inhaftung mit dem Knäseler mit bis Eggersdorf, sah das Geld, fiel ab und kehrte nach Mühlenthorf zurück. Von einem dort wohnenden Bierbrauer fing er sich eine Art, fuhr mit seinem Raube dem Putscher Haase nach und zerstückelte diesem dann mit der Art den Schädel. —

„Harsenjule“.

Eines der ältesten Berliner Originals, die bekannte „Hof-jüngere“ „Harsenjule“ hat das Zeitliche segnet. Sie ist im 78. Lebensjahr an Altersschwäche gestorben. „Harsenjule“ hatte einst bessere Tage gesehen. Sie entstammte einer angesehenen Potsdamer Bürgerfamilie. Aber mit dem Jahr gleichzeitig erfolgten Tode beider Eltern verfolgte sie das Unglück. Der Vater hatte nichts hinterlassen, und Julie, die wegen ihrer häßlichen Stimme die Sängertinnenlaufbahn einschlagen sollte, stand plötzlich völliger Mittellosigkeit gegenüber. Hierzu trat noch ein schweres Augenleiden, das die Vermisste verhinderte, einem Brotwerb nachzugehen. So kaufte sie sich für den letzten Rest ihres Geldes eine Harfe. Zuerst besuchte sie kleine Gesellschaften, dann Kleinen und schließlich die Hofe und sang mit Begleitung der Harfe sentimentale Lieder, die ihr noch aus der Sündenzeit geklungen waren. Allmählich wurde aber ihre Stimme durch Alkohol „bergeistert“, und die Berliner Jugend tat dann das ihre, daß „Harsenjule“ zu einer Spottfigur wurde. „Harsenjule“ wurde auch von Rakern genau als Modell benutzt, am besten hat sie wohl Hans Baluschek mit ihrer Harfe im Wilde dargestellt. Die „Harsenjule“ ist auch ein Beweis für den Satz, daß der Mensch ein Produkt der Verhältnisse ist. —

Reste - Ausverkauf

zu spottbilligen Preisen

- Mittwoch
- Donnerstag
- Freitag
- Sonnabend

Die Ansammlung ist enorm, zwecks möglichst gründlicher Räumung

Reste
von:
Seidenstoffe
Samte
Hauskleiderstoffe
Schwarze Stoffe
Schürzenstoffe
Hemdentuche
Pikeebarchente
Bettzeuge
Inletts
Damaste etc.

20% Extra-Rabatt
auf sämtliche farbige wollene Kleiderstoff-Reste
die sofort in Abzug gebracht werden
trotz der sehr billigen Reste-Preise

ca. 2000 Meter
Prima Velour-Barchent
Fabrikreste, 2 bis 8 Meter
prachtvolle Muster
55 Meter Pfg. Wert 80 Pfg.

Großer Posten Gardinen-Reste Rest von 5 Pfg. an Steigerwald & Kaiser

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25-60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme
in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).
Bestes seit 1865 besteh. Geschäft d. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 576

Städtischer Arbeitsnachweis
Männliche Abteilung.
Peterstraße 1, Eingang Margaretenstraße. Telefon: Rathaus.
Kostenlose Vermittlung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Gesucht werden: Böttcher, Korbmacher, Klempner, Glaser, Erdarbeiter, Hausdiener für Hotels, Geschäfte, Restaurants, Fleischereien, Bäckereien, Bau- und Arbeitsburschen, Arbeiter für Zuderfabriken und Landwirtschaft, Knechte, Kellnerlehrlinge, Lehrling für Pantinenfabrik.
Arbeit suchen: Maler, Schmiede, Geizer, Schlosser, Lohndiener, Hausdiener und Arbeiter aller Berufsarten.

Schönebeck
1477 Heute Mittwoch
Schlachtfest.
Chr. Franz, Wilhelmstraße.

Danksgiving.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes und meines guten Vaters
Wilhelm Zierau
sagen wir dem Deutschen Metallarbeiterverband für die reichen Kranzspenden sowie auch dem Herrn Pastor Niem für die trostreichen Worte unserer herzlichsten Dank.
Wwe. Zierau und Kinder
Diesdorf.

Gr. Storchstr. 7 **Sachsenhof** Gr. Storchstr. 7
Vollständig neu hergerichtes Geschäftslokal.
Großer und kleiner Saal, Vereinszimmer.
Gute Speisen und Getränke. 1633
Ergebenst ladet ein **Albert Vater.**

Halberstadt August Hausbrandt Halberstadt
Blücherstr. 4 empfiehlt Blücherstr. 4 1474
sehr schöne Fettbäcklinge, frische Landwurst und gute 5- und 6Pfennig-Zigarren.

Walhalla
Letzter Tag!
Das hochinteressante
Oktober-Programm...

Schönebeck. Schönebeck.
1459 **Stadtpark.**
Am Mittwoch den 7. November, abends 8 1/2 Uhr:
Strzelewicz-Abend
Programm reichhaltig!
u. a. Zeitgenössische Retrachirungen und Köpfe, wie bist du schön.
Karten im Vorverkauf 20 Pf. an den bekannten Stellen, an der Kasse 25 Pf.

der Luft hat das
Ein Lehrling, — Schlachten
zu erlernen, wird sofort gesucht.
1426 **Simon Osterwald**
Barleben, Breiter Weg 23.

Stadt-Theater.
Mittwoch den 31. Oktober
Ein idealer Gatte.
Sonntag, 4. November, nachm. 3 Uhr.
6. Volksvorstellung: **Briny.**

Danksgiving.
Zurückgekehrt vom Grabe unfreier Entschlafener sagen wir allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unsern innigsten Dank.
Familie Pistorius.

Gommern.
Godes-Zeige.
Montag früh 5 1/2 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Arbeiterinvalide
Wilhelm Lindau
im 69. Lebensjahre. 1471
Dies zeigen mit der Bitte um stillen Beileid an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Frau Dorothee Lindau
und Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Total-Ausverkauf!
wegen Aufgabe des Geschäfts
in Uhren, Ketten und Ringen.
Auf alle Waren 20 Prozent Rabatt.
Passende Gelegenheit für Weihnachtsgeschenke!
Eugen Alma Nachf. Breiteweg 7 u. 8
Inhaber: Hans Herrfurth. 1404

Ortskrankenkasse
der Tagelöhner zu Wernigerode.
Mittwoch, 7. November, abends 8 Uhr, im alten Schützenhause
Generalversammlung.
1. Vorstandswahl 2. Wahl der Revisoren 3. Bericht d. Der Vorsitzende. Ad. Dieck.

CIRCUS
CORTY & SALTHOFF
Magdeburg, Zirkusgebäude.
Mittwoch d. 31. Oktober
Zwei außergewöhnliche
Gala-Glanz-Vorstellungen
nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Nachmittags 4 Uhr:
Letzte
Kinder- u. Familienvorstellung
bei bedeutend ermäßigten Eintrittspreisen.
Abends 8 Uhr bei vollen Preisen:
Grosse
Clown- u. Komikervorstellung
zum Benefiz für den hier so beliebt gewordenen Original-Clown **Polly Dassie** mit neuem, ganz besonders humoristischem Glanzprogramm.
Donnerstag den 1. November abends 8 Uhr
Gala-Parforce-Abend
Neue Debüts!

Städtisches Orchester
Hofjäger.
Mittwoch den 31. Oktober abends 8 Uhr 1421
Grosses Volkskonzert.
Leitung: Kgl. Musikdirektor **Joseph Krug-Waldsee.**
Eintrittskarten
im Vorverkauf 20 Pf.
an der Kasse 25 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg
Nachruf
Am Sonntag den 21. Oktober machte in Bremen unser Mitglied, der Schlosser
Wilhelm Kölber
29 Jahre alt, seinem Leben selbst ein Ende.
Am Sonntag den 28. Oktober starb unser Mitglied, der Schlosser
Robert Locher
24 Jahre alt, an einem Unterleibsleiden. 12
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Kollegen Locher findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bestrafungshaus aus statt.
Die Verwaltung.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 31. Oktober
Die Herren von Ragin.

Salbke-Westerhüsen.
Verspäteter Nachruf.
Am Donnerstag früh wurde unser Parteigenosse, der Glasarbeiter
Louis Röhler
im 50. Lebensjahre durch den bitteren Tod aus unserer Mitte gerissen. Wir verleben in ihm einen Förderer der Arbeiterbewegung, der sich durch Fleiß und Ausdauer die Sympathie seiner Parteigenossen erworben hat. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Salbke-Westerhüsen,
den 28. Oktober 1906
Die Parteileitung.

Praktischer Sozialismus.

Die 15 000 belgischen Textilarbeiter, über deren opferreichen Kampf an anderer Stelle mehrfach berichtet worden ist, stehen heute so aufrecht wie am ersten Tage. Die Unternehmer glaubten einen unfehlbaren Schlag mit ihrer Aussperrung geführt zu haben. Würden die Mütter, auch wenn die Väter standhaft blieben, zusehen, wie ihre 30 000 Kinder ausgehungert werden? Aber die geschäftsmäßig ausgerechnete Psychologie der Fabrikanten hatte demnach einen wichtigen Posten nicht einbezogen. Der Schlag glitt an der granitenen Mauer der Solidarität der belgischen Arbeiterschaft ab.

Ein praktischer Sozialismus trat in Aktion, wie er wohl in dieser Art ohne Beispiel in den Kämpfen der Arbeiter dasteht. In Antwerpen, in Gent, in Seraing, in Düttich, in Alost, in Wilvorde standen Hunderte und Hunderte Mütter mit ausgebreiteten Armen in edelster Mütterlichkeit bereit, die Kleinen aus Verwiers aufzunehmen, an ihren Tischen noch ein hungriges Mäulchen mehr zu füttern. Auch Brüssel kam an die Reihe. Zweihundert Kinder wurden aus Verwiers von Brüsseler Genossen und Genossinnen abgeholt. Gegen 7 Uhr abends wogte auf dem Platz vor dem Nordbahnhof eine ungemein bewegte, weit hin flutende Menge. Um gefährlichen Andrang zu vermeiden, waren Barrieren errichtet, Soldaten, Gendarmen, Polizeigenossen walteten ihres Amtes, als hätte der König von Spanien seinen Besuch angemeldet. Zweihundert Ordner hatte die Partei aufgeboten. Wer aber ankam, das waren zweihundert arme Kinder von ausgeperrten Weibern, die das sozialdemokratische und menschlich fühlende Brüssel fieberhaft erwartete. Man kann sich das Erstaunen eines hohen Würdenträgers, der gerade im Bahnhof war, vorstellen, als man ihm diese Aufklärung gab.

Endlich rückten die Kinder an, bloßköpfig, mit ihrem Bündel unter dem Arme, alle Altersstufen, von 8 Jahren angefangen bis zu 15 und 16 Jahren hinauf. Ihre Transporterente sagen uns überdies, wer sie sind: „Das sind die Kinder, die die Fabrikanten aus Verwiers aushungern wollen.“ Und ein andres: „Lasset die Kleinen zu mir kommen.“ ... Und ein dünner Chor von Kinderstimmen singt, die Identität feststellend, den Refrain des Aussperrungsliedes.

Unzählig waren die spontanen Kundgebungen der Menge, die von einer unbefehlbaren Nahrung beim Anblick der Kleinen ergriffen war. Da trat ein Arbeiter auf Banderselbe hin, nahm ihm den Hut herunter und leerte den Inhalt seiner Börse hinein. Ein Polizeioffizier gab auch ergriffen seinen Obolus — er hätte leider keinen Platz für ein Kind.

Im Volkshaus fand die „Verteilung“ der Kinder statt, für die ein eignes „Mütterkomitee“ die Vorarbeiten besorgt hatte. Und wieder Szenen, die unbeschreiblich sind. Da zeigte sich echte Mütterlichkeit und die tiefe, rührende Mütterlichkeit derer, die keine Kinder haben. Es

wird getröstet, umarmt und geküßt und zu jähren — versucht. Dann kam die Enttäuschung für viele: Wie, es waren keine Kinder mehr da? Man hatte doch alles vorbereitet, und jetzt ging man leer aus? ... Umsonst alles Reklamieren und Protestieren, es war kein Kind mehr zu vergeben. Die Geschäftsleute im Volksviertel zeigen sich nicht weniger hilfsbereit und schenken Wäsche, Kleidung und Schuhe. So wird für alles gesorgt, selbstverständlich auch für den Schulunterricht.

Daß diese großartige Solidarität auch ihre Früchte für die Arbeiterbewegung in Verwiers tragen wird, ist zweifellos. Die dortigen Gewerkschaften gehören zu den neutralen. Die Kommission, die aus Unternehmern und Arbeiterdelegierten besteht, hat bisher keine Veränderung der Sachlage bewirkt.

Bermischte Nachrichten.

* **Der Tee.** Eine Philosophie des Tees hat der japanische Schriftsteller Naturo-Saruzo in seinem jenseits erschienenen Werke „Das Buch vom Tee“ geliefert. Diefem Schriftsteller zufolge ist der Tee geeignet, die Grundlage nicht nur für eine Philosophie, sondern auch für eine Religion zu liefern. Teismus, sagt er, ist ein Kultus, der auf der Verehrung des Schönen inmitten der alltäglichen Tatsachen des Alltagslebens aufgebaut ist. Dieser Kultus lehrt Reinheit und Harmonie, das Mysterium der Darmherzigkeit und die Romantik gesellschaftlicher Ordnung. So könne man nachweisen, daß die verschiedenen Methoden in der Bereitung des Tees, welche China im Laufe seiner Geschichte adoptiert hat, nichts Zufälliges waren, sondern großen Veränderungen im geistigen und religiösen Leben Chinas entsprachen. Der Case-Tee, der geästete Tee, der Fukutee, der geröstete Tee und der geweihte Tee entsprechen dem verschiedenen Gefühlsleben, das die Perioden der Tang-, der Sung- und Ming-Dynastie charakterisierte. Namentlich das nahe Verhältnis des Teetrinkens zu dem philosophischen System des Jennismus, welches die Verehrung der Relativität predigt, wird von jeder anerkannt. Schon Luwei, ein chinesischer Dichter des achten Jahrhunderts, widmete dem Tee, als der Synthese dreier großer philosophischer Systeme, ein eigenes Epos. Im dritten Kapitel dieses Epos verlangt er von der besten Qualität des Tees, daß seine Blätter „Falten haben müssen, wie die Lederstiefel eines tatarischen Reiters, wie die Wamme eines gewaltigen Stieres, daß sie sich kräuseln müssen, wie der aus einer Schlucht aufsteigende Nebel, glitzern, wie ein vom Jephir geküßter See und feucht und weich sein, wie seine Erde nach einem Regenfall.“ Ein anderer Dichter namens Lotung sang: „Die erste Tasse Tee besüßet mir Lippe und Kehle, die zweite hebt meine Einsamkeit auf, die dritte bringt in mein leeres Innere und entdeckt da einige fünftausend Wärme Literatur.“ „Das Buch vom Tee“ beschreibt auch die 24 zur Bereitung des Tees notwendigen Geräte, von denen jedes mit irgend einer philosophischen Lehre in Zusammenhang gebracht wird. Klar ist die ideale Farbe für eine Tasse, aber den verschiedenen Methoden der Bereitung entsprechen auch verschiedene Farben. Wichtig ist auch die Blumendekoration des Teegimmers, und es gibt nicht weniger als hundert verschiedene Methoden dieser Kunst.

* **Die Kartoffel vor 160 Jahren.** Eine interessante Erinnerung an die Einführung der Kartoffel in Preußen enthält die vor kurzen neu herausgegebene, von ihm selbst verfaßte Lebensbeschreibung von Adam Oetzel, des bekannten Verteidigers bei der Belagerung Kolbergs. Bei der Schilderung seiner Jugendjahre berichtet er auch über die Einführung der Kartoffel wie folgt: Im Jahre 1745 erhielt Kolberg aus des großen Friedrichs vorjogender Güte

ein Geschenk, das damals hierzulande noch völlig unbekannt war. Ein großer Frachtwagen nämlich mit Kartoffeln langte auf dem Markte an, und durch Kronmenschlag in der Stadt und in den Vorstädten erging die Bekanntmachung, daß jeder Gartenbesitzer sich zu einer bestimmten Stunde vor dem Rathaus einzufinden habe, da des Königs Majestät ihnen eine besondere Wohlthat zugebracht habe. Man erntet leicht, wie alles und jedes in eine stürmische Bewegung geriet; und das nur um so mehr, je weniger man wußte, was es mit diesem Geschenk zu bedeuten habe. Die Herren vom Rate zeigten nunmehr der versammelten Menge die neue Frucht vor, die hier noch nie ein menschliches Auge erblickt hatte. Daneben ward eine umständliche Anweisung verlesen, wie diese Kartoffeln gepflanzt und bewirtschaftet, desgleichen wie sie gefocht und zubereitet werden sollten. Allein in dem Gemüthle agitierten die wenigsten auf jene Vorlesung. Dagegen nahmen die guten Leute die hochgepreisenen Knollen verwundert in die Hände, rochen, leckten und schmeckten daran, topfschüttelnd bot sie ihr Nachbar dem andern; man brach sie voneinander und warf sie den Händen vor, die daran herumknupperten und sie gleichmäßig verschmähnten. Nun war ihnen das Urteil gesprochen! „Die Dinger“, hieß es, riechen nicht und schmecken nicht, und nicht einmal die Hunde mögen sie fressen. Was wäre uns damit geholfen? ... Inzwischen wurde des Königs Wille vollzogen und seine Habe unter die anwesenden Garteneigentümer ausgeteilt, nach Verhältnis ihrer Besitzungen, jedoch so, daß auch die Geringeren nicht unter einigen Mäßen ausgingen. Kaum irgend jemand hatte die erteilte Anweisung zu ihrem Nutzen recht begriffen. Wer sie also nicht geradezu in seiner geträumten Erwartung auf den Reichthum haften warf, ging doch bei der Pflanzung so verkehrt wie möglich zu Werke. Einige steckten sie hier und da einzeln in die Erde, ohne sich weiter um sie zu kümmern; andre (und darunter war auch meine liebe Großmutter) glaubten das Ding noch klüger anzugehen, wenn sie die Kartoffeln beizammen auf einen Haufen häuften und mit etwas Erde bedeckten. Da wuchsen sie nun zu einem dicken Fäßlein, und ich sehe noch oft in meinem Garten nachdenklich den Fied an, wo solchergestalt die gute Frau ihr erstes Lehrgeld gab. Nun mochten aber wohl die Herren vom Rat gar bald in Erfahrung gebracht haben, daß es unter den Empfängern viele lose Berichter geben, die ihren Schatz gar nicht einmal der Erde anvertraut hatten. Darum ward in den Sommermonaten durch den Ratsdiener und Feldwächter eine allgemeine und strenge Kartoffelschau veranstaltet und den widerpenstigen Befunden eine kleine Geldbusse auferlegt. Das gab wiederum ein großes Geschrei und diente auch eben nicht dazu, der neuen Frucht an den Befrahten bessere Gärten und Freunde zu erwecken. Das Jahr nachher erneuerte der König seine wohlthätige Spende durch eine ähnliche Ladung. Allein diesmal verfuhr man dabei höheren Orts auch zweckmäßiger, indem zugleich ein Landröcher mitgeschickt wurde, der als geborner Schwabe des Kartoffelbaues kundig und Leuten bei der Pflanzung behilflich war und die weitere Pflege besorgte. So kam also die neue Frucht zuerst ins Land und hat seitdem, durch immer vermehrte Anbau, kräftig gewehrt, daß nie wieder eine Hungersnot so allgemein und drückend bei uns hat um sich greifen können. Dennoch erinnere ich mich gar wohl, daß ich erst volle 40 Jahre später (1785) bei Stargard zu meiner angenehmen Verwunderung die ersten Kartoffeln im freien Felde ausgefäst gefunden habe.

* **Eine Verächtigung.** Von Herrn Wilhelm Boigt, zurzeit Untersuchungsgefängener im königlichen Polizeipräsidium, geht uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes folgende Verächtigung zu:

1. Es ist unwahr, daß ich dem Bürgermeister von Köpenick des Kaffee weggeronnen habe. Er war mir zu dünn.
2. Es ist unwahr, daß mir ein bekannter heftiger Rechtsanwalt für meine Verteidigung 100 000 Mark geboten hat. Ich beachtete, meine Verteidigung in Aktion zu vergeben und dadurch eine höhere Summe zu erzielen. Diese werde ich meiner Braut, der geschiedenen Frau Elisabeth Niemer geb. Helffensteller aus Rudolauhe, Kreis Wittballen, als Andenken überreichen.
3. Ebenso ist es unwahr, daß ich von Direktor Reinhardt wegen der großartigen Inszenierung meiner Lat nach Abbüfung der zu erwartenden Strafe zum Regisseur des Deutschen Theaters auserselhen worden bin.
4. Ferner ist es unwahr, daß mir von dem Verleger aus

Genilletou.

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von R. Adler.

(115. Fortsetzung.)

Jegendwo drehte sich eine Ventilationsröhre und wintelte: „Si-u—ii-u—ii-u—“

Zlia bemerkte unter den Geschwornen noch zwei Bekannte. Der eine, ein Stoffkauer namens Silatschew, ein großer Bauer mit langen Händen und einem kleinen, bösen Gesicht saß hinter Petruscha. Er war ein Freund Filimonows und spielte häufig Dame mit ihm. Von Silatschew erzählte man sich, daß er einmal während der Arbeit mit einem Meister Streit bekam und ihn vom Gerüst stieß. Der Meister erkrankte und starb. In der ersten Reihe, zwei Stühle seitwärts von Petruscha, saß Dodonow, der Inhaber eines großen Modewarengeschäfts. Zlia besorgte bei ihm seine Einkäufe und wußte, daß er ein garstiger Geizhals war.

„Sie Zeuge! Wann bemerkten Sie, daß Anissimows Haus brenne?“

„Si-u—ii-u—ii-u—“ machte die Ventilation. Lunew's Brust begann zu schmerzen.

„Dummkopf!“ erkörnte neben ihm ein leises Flüstern. Er blidete hin und sah an seiner Seite ein schwarzes Männlein sitzen, das verächtlich die Lippen bewegte.

„Ein Dummkopf!“ wiederholte es und nickte Zlia mit dem Kopfe zu.

„Wer?“ flüsterte Zlia und sah ihn stumpfsinnig an.

„Der Angeklagte! Hätte die beste Gelegenheit gehabt, die Zeugen abzuführen! Und hat es unterlassen! Ich hätte — Oh!“

Zlia betrachtete den Angeklagten. Er war ein großer, knochiger Bauer mit einem eizigen Kopf. Sein Gesicht war fäulter und erschrocken, und er stieß die Zähne wie ein müder, geprügelter Hund, der sich, umringt von bösen Feinden und ohne Kraft zur Gegenwehr scheu in eine Ecke drückt. Blidde, tierische Angst malte sich auf seinem gebraunten Gesicht. Petruscha, Silatschew und Dodonow betrachteten ihn ruhig mit gefäugten Augen. Lunew schien es, daß sie alle von dem Bauer dachten:

„Er wurde erwischt, — folglich ist er schuldig!“

„Langweilig ist das!“ flüsterte ihm sein Nachbar zu.

„Die Verhandlung ist nicht interessant. Der Angeklagte ist ein Dummkopf, der Staatsanwalt ein Schwächling und die Zeugen sind Idioten. Wie gewöhnlich! Wäre ich Staatsanwalt, ich würde ihn in fünf Minuten gespeist haben!“

„Siz er denn schuldig?“ fragte flüsternd Zlia und zitterte in innerlichen Schauder.

„Kaum! Aber man kann ihn verurteilen. Er versteht nicht, sich zu verteidigen. Ein schäbiges Volk! Nichts als Fleisch und Knochen! Aber von Geist und Geschick keine Spur!“

„Das ist richtig — — Javoshi — —“

„Haben Sie zwanzig Kopfen?“ fragte das Männlein.

„Ja — —“

„Geben Sie her!“

Zlia holte seine Börse hervor und gab dem andern die verlangte Münze, ohne sich Zeit zu nehmen zu überlegen, ob er sie hergeben sollte. Als er sie hergegeben hatte, dachte er unwillkürlich mit Achtung, seinen Nachbarn von der Seite her betrachtend:

„Geschick! So leben die Leute!“

„Eine stumpfsinnige Schnauze! Nicht mehr!“ flüsterte wieder der Schwarze und wies mit den Augen auf den Angeklagten.

„Hil!“ zählte der Gerichtsdiener.

„Meine Herren Geschwornen!“ sagte der Staatsanwalt weich und eindringlich. „Widien Sie in das Gesicht dieses Menschen! Es sagt mehr als alle Aussagen der Zeugen, die bedingungslos die Schuld des Angeklagten festgestellt haben. — — — Dieses Gesicht muß Sie überzeugen, daß vor Ihnen ein typischer Verbrecher steht, ein Feind der gesetzlichen Ordnung, ein Feind der Gesellschaft! Vor Ihnen steht — —“

Doch der Feind der Gesellschaft saß. Mit der Zeit brachte es ihn augenscheinlich in Verlegenheit zu sitzen, wo doch von ihm gesagt wurde, er stehe. So erhob er sich denn langsam und ließ den Kopf sinken. Seine Arme hingen kraftlos längs des Körpers und seine ganze, graue Gestalt bog sich nach vorn, als bereite sie sich vor, in den Nacken der Gerechtigkeit zu schlüpfen.

Auch Lunew ließ den Kopf hängen. Er wurde verwirrt, es wurde ihm übel, und seinen Kopf zermühten formlose Gedanken, die er nicht in Worte kleiden konnte, die einander verschlangen und auf seine Seele drückten. Nur

Petruscha rotes, ruheloses Antlitz blickte aus seinen Gedanken hervor wie der Mond aus den Wolken.

Als Gromow die Unterbrechung der Sitzung ankündigte, begab sich Zlia mit dem schwarzen Männlein in den Korridor. Das Männlein zog eine zerdrückte Zigarette aus der Rocktasche, strich sie mit den Fingern gerade und sprach:

„Der Herr schwört! Sagt, er habe es nicht angezindet! Da gibt's kein Schwören, da heißt's, die Hoje herunterlassen und sich auf die Bank legen! Oh hal! Die Sache ist ernst! Ein Kaufmann ist geschädigt! Da du oder ein anderer es getan hat, ist nebensächlich. Die Hauptsache ist, daß es geschadet wird! Hat man dich festgenommen, so wirst eben du bestraft!“

„Und halten Sie ihn für schuldig, diesen Bauer?“ fragte nachdenklich Zlia.

„Ich glaube schon! Denn er ist ein Dummkopf! Und kluge Leute sind nie schuldig!“ Schleunig schnitt das Männlein das Gespräch ab und rauchte gedehnt seine Zigarette. Seine Augen waren schwarz und klein wie die einer Maus. Auch seine Zähne waren manieartig, — klein und scharf.

„Da sitzen inmitten der Geschwornen,“ begann Zlia leise und mit Anstrengung, „einige Leute — —“

„Meistens Kaufleute,“ verbesserte ihn ruhig der Schwarze. Zlia blidete ihn an und wiederholte:

„Kaufleute. Ich kenne einige dabon.“

„H?“

„Ein geriebenees Volk! Und wenn man es gerade heraus jagen soll — —“

„— Auch Diebe!“ sagte ihm sein Begleiter vor.

Er sprach laut und ohne Schüchternheit. Nachdem er seine Zigarette ausgeraucht hatte, legte er seine Lippen fortwährend zu einem Hüffel zusammen, müsterte alle mit fähnen, fast frechen Blicken, und alles in ihm, jeder Knochen, regte sich in hungriger Neugierde.

„Ja, das kommt vor. Ueberhaupt ist die sogenannte Gerechtigkeit in den meisten Fällen nur ein leichtes Lustspiel, — eine Komödie“, sprach er und zuckte mit den Schultern. „Die hatten Menschen ihnen sich in der Beförderung der Lasten — bei den Hungrigen. Ich komme oft ins Gericht, sah aber nie Hungrige über die Satten urteilen. Wenn aber die Satten einmal über einen ihresgleichen urteilen, so strafen sie nur seinen Geiz. Sie meinen damit, greif nicht auf einmal nach allem, — laß auch uns etwas!“

(Fortsetzung folgt.)

